

rine unter dem Kommando eines englischen Admirals gestanden sei. (Schieres von der meldenden Zeitung durch Sperrung zur Haupt- sache erhoben.)

Nun kann es wirklich nicht mehr fehlen: Ein französischer Matrose schreibt es in einem Brief, nun ist der letzte Zweifel geschwunden. Und fast drei Jahre, oder sieben Jahre, mußte die Welt auf diese sensationelle Offenbarung, auf diesen schlagendsten aller Beweise, warten! Man mag über die Kriegsschuld denken wie man will und manche deutsche Selbstaufklage für reichlich übertrieben halten, aber dagegen muß man sich verwahren, daß man in der Abwehr das deutsche Volk mit Lächerlichkeiten lächerlich macht. Seit wann ist es in der Welt üblich, alltägliche Soldatenbriefe als Geschichts- quellen ersten Ranges zu werten und zu bewerten. Weiß die deutsche Intelligenz der „Süddeutschen Monatshefte“ und eine im gleichen Rang stehende Großstadtzeitung nichts von der notorischen Unzuverlässigkeit der Soldatenbriefe? Weiß man nicht, was zu Anfang des Krieges (und noch weit über den

Anfang hinaus) in der Aufregung oder Wichtigkeitserei alles gesehen und gehört und niedergeschrieben zc. — geglaubt wurde? Man denke nur an die berichtigten Münchener Flieger- angriffe, die sogar zu allerentscheidendsten amtlichen Schritten verwertet wurden! Mißt man den Briefen der französischen Soldaten, wenn es sich um deutsche Kriegsverbrecher handelt, auch überall so große Glaubwürdigkeit und Wichtigkeit zu: In manchen Fällen sollen bei manchen Leuten sogar eibliche Aussagen Schwindel oder wenigstens Selbsttäuschungen sein. Wie erklärt es sich, daß angesehene deutsche Presseorgane es wagen dürfen, ihrer gebildeten Leserschaft den klendenbsten, handgreiflichen Unsinn vorzusetzen? Ein englischer Admiral am 31. Juli 1914 Befehlshaber der französischen Flotte: in Frankreich, in England, in der ganzen Welt wird man lachen! Und Schlussfolgerungen ziehen, die Deutschlands Ansehen und — Geldsack nicht eben von Vorteil sein werden.

Die Ernte eines einzigen Tages!

Fr.

Der Verlag empfiehlt betriebs- oder organisationsweisen Bezug. Die Sammler erhalten für ihre Bemühungen ab 5 Exemplaren ein Freieremplar. Für den Monat September sind pro Bezahler Mk. 1.80 zu bezahlen. Es genügt, wenn der Sammler auf dem Abschnitt der Postanweisung seine genaue Adresse und die Anzahl der gewünschten Exemplare vermerkt.

Verantwortlicher Schriftleiter: W. Dowidat, Hamburg, Beim Strohhause 33.
Verlag und Druck: Albert Fr. Heil, Hamburg 20, Eppendorferlandstr. 104.

Der Volkswart

Parteilose Halbmonatsschrift für klassenlosen Aufbau und revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang Erste u. zweite Ausgabe im September 3. 2. 4 1921

Inhalt:

Das Gebot der Stunde.
Bayern.
Was ist Putzschismus.
Zwangshypothesen.
Spartakus und die Hamburger Orientierung.
Grundsätzliches zur kommenden Umgestaltung.
Ein Rückblick auf die Novembererhebung.
Eine „Deutsche Republik“ in Sowjetrußland.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint zweimal monatlich.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mk. 6.— Bei betriebsweisen Bezug ab 5 Exemplaren Mark 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: Mk. 1.50.

Das Gebot der Stunde.

L. u. W. Mit der Preisgabe der Grundrechte einer formalen Demokratie durch die versippten Bonzenstaaten der Sozialdemokratie und des Zentrums ist eine neue revolutionäre Situation in Erscheinung getreten. Wer die in jeder demokratischen Verfassung gewährleisteten Rechte der Opposition willkürlich aufhebt, wer an die Aktion der Strafe appelliert, um eigenmächtigen Parteiinteressen Geltung zu verschaffen, der eröffnet damit grundfähig aufs Neue den Kampf gegen die bestehende Verfassung. Ergeht der Appell an die Strafe gar durch die Regierung selbst, so ist damit im Grunde die geschriebene Verfassung hinfällig geworden und aufgehoben, weil sich herausgestellt hat, daß die realen Machtverhältnisse im Lande eine solche Aenderung erfahren haben, daß die der Regierung zur Verfügung stehenden gesetzlichen Machtmittel ihrer tatsächlichen Stellung im Staate nicht mehr entsprechen. Die durch die willkürlichen Verfügungen der Regierung aufgedeckte revolutionäre Situation im Lande erfährt ihre Verschärfung durch die gewaltigen sich vorbereitenden wirtschaftlichen Streiks und durch den katastrophalen Sturz der Valuta.

Wenn eine demokratische Regierung um ihrer Claqueurinteressen willen an die Strafe appelliert und damit eine revolutionäre Situation eröffnet, so ist damit schon bewiesen, daß sie den Bürgerkrieg der bewaffneten Parteien wider einander zum Inhalt und Mittel ihrer Staatspolitik macht. Die jetzt vielfach erörterte Frage, ob der drohende Bürgerkrieg zum Ausbruch kommen werde, beantwortet sich deshalb dahin, daß diese Regierung des Parteipolitikanteresses von dem betretenen Wege nicht abweichen kann, ohne sich selbst preiszugeben, und daß sie darum mit zwingender Notwendigkeit eine Situation herbeiführen muß, aus der der Bürgerkrieg emporflammt. Vorläufig wirkt zurückhaltend die Schwäche der Bürgerkriegsfronten auf beiden Seiten, bei den rechten Parteien dazu die Rücksicht auf die Oberschlesien von Polen und Frankreich drohende Gefahr, während die famose Reichsregierung sich vor dem Aufgebot der gleichen Massen fürchtet, an deren schwelgende Fäuste sie appelliert. Denn während sie mit ihren Verfügungen die Pose des Diktators annimmt, ist sie sich ihrer Schwäche und Ohnmacht im Innern voll bewußt, wie dies in der ganzen Praxis bei veruchter Durchführung ihrer Verfügungen klar zum Ausdruck kommt.

Die Exekutivgewalt des Reiches hängt im

Grunde in der Luft, sofern sie sich nicht auf den gesamten politischen Apparat der Einzelstaaten stützen kann. Das einzige Machtmittel, über welches das Reich als solches verfügen könnte, ist die Reichswehr, und diese „ihre“ Truppe fürchten die regierenden Harlekins mehr als der Teufel das Weihwasser. In den ausschlaggebenden Bundesstaaten des Nordens und des Südens, in Preußen wie in Bayern, sind die Sozialdemokraten einflußlos. Weil ihnen in Bayern die Trauben zu sauer erscheinen, wollen sie sich in Preußen gern in die Regierung hineinwinden, wobei ihnen gegenüber dem Politiker des Zentrums Stegerwald der Zentrumspolitiker Dr. Wirth Schmiere stehen soll. Inzwischen vertagen Preußen und Bayern die Entscheidung, namentlich die bayerische Regierung hat es meisterhaft verstanden, ein politisches Vakuum zwischen sich und die im Reich regierenden Parteiklüngele zu legen, während sie erfolgreich Anschluß an Württemberg sucht. Dadurch daß das angebliche Reichsinteresse in Bayern überwiegend ein sozialdemokratisches Parteinteresse ist, soll die Sozialdemokratie, obwohl sie und ihr regierender Klüngele sich strategisch in der Defensive befinden, zu taktischen Offenstößen verleitet werden, die die Politik des Reiches noch klarer ins offene Unrecht setzen. Entsprechend ihrer beherrschenden Stellung in den Regierungsklüngele des Reiches ist damit die tatsächliche Entscheidung über den Beginn des Bürgerkrieges der Sozialdemokratischen Partei zugesprochen.

Wie wird diese Partei sich in dieser Situation verhalten? Daß sie machtpolitisch im Rahmen der Verfassung erledigt ist, daß sie vollkommen abgewirtschaftet hat, dessen ist sie sich voll bewußt. Zum Ueberflus zeigt sie ihr die passive Resistenz, die offene Sabotage aller Behörden gegenüber Verfügungen, die von ihr aus ergehen. Sie ahnt und fürchtet, daß die neue Revolution sich gegen sie als den Organisator und Hauptträger des völligen Bankrottes von Volk und Land kehren wird. Persönliche und materielle Gründe zwingen deshalb ihre Revolutionsgewinnler, sich an die Macht zu klammern, zu versuchen, sich mit allen Mitteln in ihr zu behaupten. Gegenüber dem drohenden Murren der Massen, das zu ihren Schädeltätten emporsteigt, hat sie nur das eine Mittel: ihre Parteigarden zu mobilisieren, mit radikalen Phrasen die Bettleroper zu agieren,

die am Anfang der Revolution spartakistische Machtgier ihr vorgepielt hat. Nur mit radikalen Phrasen und Gesten nämlich kann sie hoffen, auch eine mobilisierte Parteigarde unter ihrer Fuchtel zu halten, ihre Abkehr zur auchkommunistischen Partei zu hindern und durch die Herbeiführung des Bürgerkrieges den Ausbruch der gegen sie gerichteten Revolution unmöglich zu machen. Sie feuert auf die „reine Arbeiterregierung“ hin, spielt mit dem Gedanken der Auflösung des Reichstages in dem klaren Bewußtsein, daß in der durch sie verübten Aufspaltung der Instinkte der Massen geregelte Neuwahlen nicht möglich sind und bereitet die versteckte Diktatur der sozialistischen Parteien vor, zu feige und erbärmlich, diese Diktatur offen zu proklamieren. Die reine Arbeiterregierung aber führt mit absoluter Notwendigkeit zur Ergreifung aller spartakistisch-bolschewistischen Regierungsmethoden durch die sozialdemokratische Partei selbst und damit zur offenen Vergewaltigung aller Schichten des Volkes, die es ablehnen, sich der Diktatur unfähiger und korrupter Parteiklüngele zu unterstellen. Daß mit der Aufrichtung der „reinen Arbeiterregierung“ eine sofortige völlige Zerspaltung der zentralen Reichsgewalt, daß hiermit die Entfesselung des Kampfes aller gegen alle verbunden ist, bedarf hiernach keiner näheren Begründung.

Der deutsche Süden, geführt von Bayern, fände in dieser Situation alle Voraussetzungen zu eigener Konsolidierung. Die ganze Entwicklung des Volkes auf dem Wege zur deutschen Einheit seit 1866 wäre mit einem Schlage vernichtet, die alte Mainlinie als Trennungslinie zwischen Nord und Süd feierte ihr Auferstehen, und was an preussischen Politikern der Rechten sich im Süden sammelt, könnte nur die Politik der Wiederherstellung der Reichseinheit mit konterrevolutionären Mitteln betreiben. Für einen Mann mit den Aspekationen, der politischen Naivität und der Rücksichtslosigkeit eines Ludendorff wäre dies die denkbar glücklichste Situation, um nach seiner Weise das Vaterland zu retten. Indem die sozialdemokratische Partei unter Entfesselung des Bürgerkrieges ihre wackelnden Thronchen zu halten versucht, spielt sie das Spiel Ludendorffs und bereitet für Deutschland das Horthy-Schicksal Ungarns vor.

Kann diese Konstellation sich auswirken, ohne daß das Ausland eingreift? An der Entfesselung des Bürgerkrieges hat der Völkerbund ein entscheidendes Interesse. Besser als die passivistischen Langohre

der Reichsregierung weiß er, daß im Kriege Deutschland nicht besiegt wird, daß trotz der Erbärmlichkeit der Entwaffnung des Landes das deutsche Volk noch stark und groß genug ist, um als beachtenswerter Gegner seiner Raubanprüche aufzutreten. Nur die Verstrickung dieses Volkes in einen langwierigen Bürgerkrieg, nur die Selbsterstreckung Deutschlands sichert dem Völkerbund die volle unge störte Befriedigung seiner Ausgeiergelüste. Ist dieser Bürgerkrieg endlich an der Erschöpfung beider Fronten erstorben, so wäre die Entfesselung der Donauföderation unter französischer Führung, die Auslieferung der deutschen Küste an das englische Imperium das natürliche Ergebnis. Der Anfang des Bürgerkrieges ist das Ende des deutschen Reiches, das, in eine französische und englische Interessensphäre geteilt, zwar nach dem Muster Persiens noch einmal eine formale Einheit unter einem Monarchen finden könnte, aber nur mit einem Monarchen von dem Ausmaß eines persischen Schah und eines ägyptischen Khedive.

Der gesunde Lebensinstinkt des Volkes stellt dem drohenden Bürgerkrieg die Revolution entgegen. Schon sprengt das gesunde Eigenleben des Volkes in Bayern die starren Ketten der konterrevolutionären zentralistisch kapitalistischen neudeutschen Reichsgewalt. Die Revolution richtet sich gegen die Gauner und Schieber neudeutscher Herrlichkeit, gegen die politischen Parasiten und Sämannen, gegen das internationale Finanzkapital im Innern, in den besetzten Gebieten und im Ausland. Gegenüber einer allgemeinen Erhebung des Volkes zersplittern erfahrungsgemäß die technischen Machtmittel des Militarismus wie Glas. Im November 1918 war die Regierung der Fürsten in Deutschland noch immer stärker als es heute der Völkerbund in Deutschland und in den besetzten Gebieten ist. Und doch zerbrach diese Gewalt unter wenigen scharfen Schlägen binnen wenigen Tagen. Mit gleicher Leichtigkeit wird es der neuen Revolution gelingen, die Machtmittel des Völkerbundes auf deutschem Boden zu zerbrechen und sich gegen alle Angriffe von außen zu behaupten, wenn sie das ganze Volk zu konsolidieren vermag.

Aufgabe der revolutionären wie der nationalen Politik ist es heute, zu verhindern, daß entgegen den Versuchen spartakistisch-bolschewistischer Parteien und Gruppen links und rechts, entgegen dem von der spartakistischen Sozialdemokratie begonnenen Aufmarsch zum Bürgerkrieg, irgend eine Form von diktatorischer Parteiregierung sich durchsetzt. Ueber die Fronten des Bürgerkrieges hinweg müssen die revolutionären und nationalen Gruppen sich

zusammenfinden in der Parole der Freiheit und Gleichheit aller schaffenden Schichten im Volk. Gegen die Parteierreichung müssen sie die Gemeinsamkeit und Anteilbarkeit des Volksganzen proklamieren, um innerhalb und außerhalb der Fronten des Bürgerkrieges alle Kräfte zusammenzufassen zum entscheidenden Stoße gegen den gemeinsamen Feind: Gegen die regierenden Parteiklügel, gegen das raff- und machtgierende Portentum der Parteien, gegen die Schieber, Gauner und Spekulanten, gegen den Sumpf der parlamentarischen Demokratie, gegen die

Agenten und Kommissionen des Völkerbundes in Deutschland und in den besetzten Gebieten! Für die endgültige Einheit und Freiheit aller deutschen Länder zum föderativen Zusammenschluß auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Lande und Gauen.

Die Zeit ist gekommen, wo die informativische Führungsnahme der revolutionären und nationalen Gruppen links und rechts nicht mehr genügt. Ihr planmäßiges Zusammenwirken ist das Gebot der Stunde.

Bayern.

L. u. W. Der als Mittel der Sprengung im Völkerbund wirkende englisch-französische Gegensatz tritt offen in Erscheinung in dem Bestreben der gegnerischen Gruppen, im beiderseitigen Interesse den deutschen Bürgerkrieg zu entflammen, um ihrer alten geschichtlichen Politik gemäß den Norden gegen den Süden auszuspielen. Die damit gegebene Möglichkeit der Anlehnung der Bürgerkriegsfronten an ausländische Gewalten verschärft in Deutschland den inneren Gegensatz. Dieser findet eine weitere Verschärfung in den bevorstehenden Kämpfen um die Ausgestaltung der Steuergegebung, die zwar an sich den Interessen des Völkerbundes dient, in der aber die rivalisierenden Gruppen im Völkerbund ihre Sonderinteressen durchzusetzen bestrebt sind. Wenn schon die französische Presse erklärt, daß der Friede von Versailles gleichbedeutend sei mit einer ersten Hypothek auf alles deutsche Vermögen, so ist hierin das Verlangen Frankreichs nach der Beschlagnahme aller deutschen Werte klar enthalten. In demütigem Gehorsam kommt die sogenannte Reichsregierung den französischen Forderungen entgegen mit ihrem Antrag auf Erfassung der sogenannten Goldwerte durch vom Reich einzutragende Zwangshypothesen, während sie zugleich nach England hinüberwinkt, daß dieses Land „im wohlverstandenen Eigeninteresse“ doch die Auslieferung der gesamten deutschen Wirtschaft an Frankreich verhüten möge. Damit tritt zum ersten Male in der Weltgeschichte der Fall ein, daß die eigene Regierung eines Landes und Volkes bereitwillig die Hand dazu bietet, daß nicht etwa nur ein Teil der Grund- und Bodenschätze des Landes auf dem Wege von Konzessionen, sondern daß die gesamte Wirtschaftssubstanz, daß die Lebensquelle des Gesamtvolkes an das Ausland überantwortet wird. Da zur Durch-

führung dieser gigantischen Verraubung des Volkes aber eine despotische Staatsgewalt im Innern gehört, die heute nicht vorhanden ist, kann sich der Völkerbund nicht mit der demütigen Ergebenheit der heute „regierenden“ Kastraten begnügen, sondern er muß unter Ausreizung der noch im Volke vorhandenen Energien bestrebt sein, die Basis für eine ihm genehme despotische Inlandsregierung zu schaffen. Als Mittel hierzu dient ihm der Bürgerkrieg, den die Sozialdemokratie zu eröffnen sich anschickt.

In vielfacher Hinsicht steht Bayern heute im Mittelpunkt der innerdeutschen Interessenzirkelungen. Nach dem Kapputsch zeigte sich dort das völlige Abwirtschafte der Sozialdemokratie, die die Rätebewegung inauguriert hatte, um dann zu ihrer Niederwerfung staatliche Machtmittel zusammenzubringen, die außerhalb ihrer Kontrolle standen, früher als im Reich. Der durch die Sozialdemokratie in Bayern verhängte Ausnahmezustand, die Niederwerfung und Niederhaltung jeder gegen diese Partei gerichteten Arbeiteropposition brach ihrer eigenen Machtstellung das Genick. Die in Bayern wurzelnde nationalsozialistische Partei ist das Ergebnis sozialdemokratischer Knebelungs- und Vergewaltigungspolitik. Auf diese Strömung innerhalb der Arbeiterchaft sowie auf das gesamte Bürger- und Bauerntum gestützt, konnte die Regierung Kahr jene Machtstellung einnehmen, die ihr im Lande eine Autorität verlieh, nach der sozialdemokratische Parteigößen vergeblich gieren. Entstanden auf völlig demokratisch-verfassungsmäßiger Grundlage wurzelt sie tiefer im Volk als irgend eine der außerbayerischen Parteiregierungen, weil sie in der Tat Männer des Vertrauens breiterer Schichten des Volkes umfaßt. Gerade diese ihre verfassungsmäßige Stellung aber macht ihre Position für die Reichs-

regierung mit verfassungsmäßigen Mitteln unangreifbar, und eben deshalb ist der Ruf nach dem Sturz des „Systems Kahr“ zugleich die Proklamation der Aufhebung der Verfassung und der Schrei nach dem Bürgerkrieg. Mit allen Mitteln einer der Grundlagen ihrer Stellung bewußten Staatskunst hat die Regierung Kahr es seitdem verstanden, vor dem ganzen Lande — abgesehen von den rein parteipolitisch eingestellten Arbeiterschichten — die Reichsregierung offensichtlich ins Unrecht zu setzen, dadurch daß sie bereitwillig ihren Rücktritt erklärte, ohne daß damit natürlich an den bayerischen Gesamtverhältnissen auch nur das geringste geändert wäre. Indem sie provisorisch die Regierung weiterführte, macht sie vorläufig jedes weitere Verhandeln mit dem Reiche zwecklos und überläßt es zugleich den verfassungsmäßigen Gewalten in Bayern, die neue Regierung zu bestimmen. Im Reiche findet die Politik Kahrs eine starke Rückendeckung nicht nur durch die gefühlsmäßige Sympathie, die sie in allen rechtsgerichteten Schichten genießt, sondern auch in den Gruppen der Organisation Eiserich, die mit der Politik Kahrs aufs engste verbunden ist.

Mit dem Schema revolutionär oder konterrevolutionär wird man den bayerischen Machtverhältnissen um so weniger gerecht, als gerade die Parteien und Klügel, die heute in der Reichsregierung sitzen und gegen die bayerische Konterrevolution zetern, die hauptsächlichsten Träger einer entscheidenden konterrevolutionären Politik im Reiche sind. Die bayerische Politik ist im Bewußtsein ihrer Träger weder revolutionär noch konterrevolutionär. Sie will national sein, und zwar unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Stämme, das ein Produkt der ganzen deutschen Geschichte ist. Wirklich nationale Politik aber fällt heute vollkommen zusammen mit den Geboten der Revolution, und nur sofern versucht wird, die nationale Linie nationalistisch zu verschieben, kann von einem konterrevolutionären Einschlag gesprochen werden. Wenn nationale Politik die Förderung der Lebenserfordernisse des Gesamtvolkes in sich schließt, so sucht nationalistische Politik die Kräfte des Gesamtvolkes zu mißbrauchen zum Sondervorteil herrschender Klügel und Gruppen. In der Wertung jeder tatsächlichen Politik gilt es scharf zu unterscheiden zwischen den Kräften und Bedürfnissen, die sich in ihr tatsächlich durchsetzen, und der Begleitmusik, die von dem propagandistischen und literarischen Orchester dazu vollführt wird. Sehr deutlich zeigt sich dies zum Beispiel bei der starken antisemitischen Strömung, die zur Zeit durch Bayern geht, und in welcher sich die wirklichen Interessen des Bauernvolkes

wesentlich anders ausnehmen, als die literarische Prägung, die der Antisemitismus des Volkes findet. Massenbewegungen pflegen unwillkürlich ohne intellektuelle Klugelei aus der Massenseele emporzusteigen, und so scheint uns der bauerliche Antisemitismus sehr wenig mit deutsch-völkischen Rassen-theorien zu tun zu haben, um so mehr aber mit der Rolle, die jüdisches Geld, jüdischer Handel, jüdischer Wucher, jüdische Güterschlächterei und zur Rätezeit jüdischer Politikantenfanatismus gespielt haben. Mögen Männer wie Ludendorff und Böhmer auf dieser sozialökonomischen Grundlage eine Basis für die Erreichung ihrer Sonderziele suchen, mögen Miesbacher Literaten dazu ihre Bräutliß-Janzaren zur frühlichen Gauhaß schmettern, die bayerischen Bauern standen im Kriege und in der ersten Revolution ihren Mann, und sie werden wieder da sein, wenn es in einer neuen revolutionären Volkshebung um die Einheit und Freiheit Deutschlands geht.

In einem ganz anderen Sinne freilich, als die Berliner Regierungskabareten sich das einreden, sprengt in ihrer Auswirkung die bayerische Politik den Rahmen der samojen Weimarer Verfassung. Indem sie nämlich spontan auf Tyrol und Steiermark übergreift, hebt sie grundsätzlich das kleindeutsche Reich der Ebert, Erzberger und Scheidemann auf und mündet ein in die Linie einer revolutionären großdeutschen Politik, indem sie den alten Stamm der Bajuwaren wieder zusammenführt. So sprengt auf einer bestimmten Höhe wirtschaftlicher Entwicklung die lebendigen Kräfte des Volkes selbst die konterrevolutionären Zwangsjacken kapitalistischer Staatsgewalt, und die Revolution brandet an einer für einseitige Politikantenseelen ganz unerwarteten und fast unmöglichen Stelle erneut empor.

Die Zusammengehörigkeit und Autonomie der Stämme aber ist nur die notwendige Ergänzung und Voraussetzung für die Zusammengehörigkeit und Autonomie der Völker. Wie die Menschheit in Völker zerfällt, so zerfallen die Völker in Stämme und finden darin die Wurzeln ihres organischen Werdens und Wachstums. Nationen aber, die nicht organisch aus Stammesverbindungen entstanden sind, sondern nur durch die Zwangsjacke eines Gewaltstaates zusammengehalten werden, sind sterbende Völker, die zum Untergang verurteilt sind, sobald die Weltentwicklung ihren Staatsrahmen sprengt. Nur wo auf der Grundlage ihres Eigenlebens und ihrer Zusammengehörigkeit Stämme sich zu Völkern zusammenschließen, kann ein lebendiger Volksorganismus, der das Ganze zur Einheit verwebt, entstehen. Und nur auf der Basis der vollen und freien Selbstverwaltung der Lande und Gauen

kann der Volksorganismus und sein Volkstum alle Kräfte frei entfalten.

Das alte deutsche Reich war ein Fürstenbund. Entsprechend dem Stande der Gesamtentwicklung der Stämme und des Volkes konnte Bismarck keine andere Einheit schaffen, als die durch die Verbindung der Einzelstaaten gegeben war, an deren Spitze die Fürsten als die Repräsentanten ihrer Stämme oder ihres Staates standen. Süddeutsche Freiheit und preußischer Zwang erklärten sich aus Stammesfürstentum auf der einen, Staatskönigtum auf der anderen Seite. Die Macht der Fürsten aufheben hieß die Freiheit der Stämme vollenden, hieß Staaten in die Gasse ihrer Stämme auflösen. Die Sozialdemokratie freilich sah in der Vernichtung der Fürstengewalt den Weg zum einheitlichen deutschen Zuchtstaat, in dem die Stämme und ihr Eigenleben zu verschwinden hatten. Jetzt zertert sie über Partikularismus, weil der Lebenswille der Stämme und des Volkes ihren zentralistischen Käfig sprengt. Partikularismus war aber eben nicht das Selbstbestimmungsrecht der Stämme, sondern die Verfügungsgewalt der Fürsten über die Stämme und die Durchsetzung fürstlicher

Sonderinteressen auf Kosten der Gesamtinteressen des Volkes. Und genau das gleiche, teilweise noch in verstärktem Maß war alter dynastischer Zentralismus. Die Revolution, Ihr Herren Sozialdemokraten, ist nicht die einfache Negation des Bestehenden, sondern die doppelte. Sie negiert Euch mit ungleich schärferer Betonung, als Ihr die Fürsten negiert habt, deren Platz einzunehmen Ihr Euch gedrängt fühlte. Sie negiert mit dem fürstlichen Partikularismus, mit dem dynastischen Zentralismus zugleich Eure Staatsmethoden, die in der einfachen Umkehrung des bisherigen Zentralismus bestanden. Die Revolution macht das Volk frei — auch frei von Euch und Euren Methoden! Die Revolution, die freie Stämme zu einem freien Volke vereinigt, läßt den Partikularismus der Fürsten umschlagen in den Föderalismus des Volkes, und sie verwickelt damit in geschichtlichem Rahmen nur die Formen der Organisation, die an der Wiege der Arbeiterbewegung aller Länder standen, freilich ohne daß dies zu begreifen der Fähigkeit der sozialdemokratischen Organisationsgötzen entsprach.

Was ist Puttschismus?

L. u. W. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sich durch den Kampf mit dem spartakistischen Flügel der Arbeiterbewegung in der Staatsgewalt befestigte, ist heute selber spartakistisch geworden. Seit seinem Bestehen war die Politik des Spartakusbundes auf die Erzeugung der jeweils gegebenen Regierung durch einen Personenklingel des Spartakusbundes gerichtet, ein Ziel, zu dessen Erreichung ihm alle Mittel der Gewalt geboten schienen. Ehrlicher als die sozialdemokratische Partei verzichtete er grundsätzlich auf die Methoden der Demokratie, sich offen zur Diktatur der Parteidiktatur bekennend. Die sozialdemokratische Partei sah sich in ihren Erwartungen, mit der formalen Demokratie ihre Parteigeschäfte im Staat besorgen zu können, bald enttäuscht. Während sie dennoch krampfhaft an den Phrasen der Demokratie festhält, hat sie bereits offen zu diktatorischen Methoden gegriffen und steuert auf die Vergewaltigung und Niederzwingung aller Volksschichten hin, die sich den Bedürfnissen ihres Parteidiktatoriums nicht unterordnen wollen und können. Jeder Versuch aber, im Rahmen einer gegebenen Staatsverfassung mit gewaltigen Mitteln die Sonderinteressen eines herrschenden Klüngels durchzusetzen, ist puttschistisch.

Revolution ist die Beseitigung eines veralteten Staats- und Regierungssystems und die Schaffung einer neuen Volksorganisation, aus deren Mitte sich die neuen öffentlichen Gewalten — der neue Staat — erheben. Auch innerhalb einer gegebenen Staatsverfassung kann ein Wechsel der leitenden Personengruppen revolutionäre Wirkung haben, wenn dadurch neue Schichten des Volkes zur Mitwirkung an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens herangezogen werden, Schichten, die vorher lediglich Objekt der Staatsgewalt waren. Weder die spartakistische noch die sozialdemokratische Politik ist zur Zeit darauf gerichtet. Und da mit dem Zusammenbruch der deutschen Fürsten und Militärgewalt der Weg zur Schaffung eines freien Volkes unter grundsätzlicher Gleichberechtigung aller seiner Schichten frei war, ist heute jeder Versuch der Monopolisierung der Staatsgewalt in den Händen Weniger konterrevolutionär, und, wo gewaltsame Methoden zur Anwendung gelangen, puttschistisch.

Bedarf die Revolution zur Konsolidierung der revolutionären Verfassung einer Diktatur, so kann es sich dabei nur um die mit öffentlichen Machtmitteln zu erzwingende Gleichberechtigung

aller auf der Grundlage ihres menschlichen Wertes, also ihrer Arbeitsfähigkeit, handeln. Eine solche Diktatur hat in der Tat nur die eine Aufgabe, die Fichte den Fürsten noch zubilligte: nämlich die, sich selbst überflüssig zu machen, indem sie ihre Ziele verwirklicht. Die zu ihrer Ablösung bestimmten öffentlichen Organe sind die aus der Selbstverwaltung des Volkes auf allen Gebieten hervorgehenden Körperschaften, die Mittel der Demokratie, das heißt der Selbstbeherrschung eines freien Volkes sind.

Die formale Demokratie, die kein Selbstbestimmungsrecht und keine Selbstverwaltung kennt, sondern die volle Macht in die Hände sogenannter Repräsentanten legt, die sich in ruhigen Zeiten der politischen Methode des Parlamentarismus bedient, ist keine Demokratie, weil sie ein Mittel der Herrschaft weniger über die breiten Schichten des Volkes ist, trotz der durchsichtigen Rulisse des allgemeinen Wahlrechts, das durch Parteimaschinen und das Uebergewicht der großen Geldbesitzer mitamt ihrer Presse die Entscheidung über die Person und die Politik der

Repräsentanten in die Hände einer kleinen Gruppe von Partei- und Geldherren legt. Die notwendige Ergänzung dieser Asterdemokratie ist Korruption und Demagogie.

Erweisen sich die Methoden der formalen Demokratie als unvereinbar mit den Lebensinteressen des Volkes, und fühlen sich herrschende Gruppen durch die wachsende Opposition in ihren Sonderinteressen gefährdet, so wird der Puttschismus das einzige Mittel ihrer Staatspolitik. Die Niederwerfung und Niederhaltung der Opposition ist also in einer solchen Situation nur noch mit puttschistischen Mitteln möglich. Wo der Puttschismus auf Widerstand stößt, ergibt sich für die Regierung die Notwendigkeit, diesen Widerstand mit allen, auch nicht verfassungsmäßigen Mitteln, zu brechen. Das Aufgebot verfassungswidriger Gewalten durch die Regierung ist die Eröffnung des Bürgerkrieges.

Dieser Bürgerkrieg ist also ein Mittel konterrevolutionärer Politik; er kann nur durch den allgemeinen Aufstand des Volkes gegen die Regierung im Sinne der Revolution beendet werden.

Zwangshypothesen.

L. Die schwere Wirtschaftskrise, die der Anfang des Versuches, die Verträge von Versailles und London zu erfüllen, über das Land heraufbeschworen, hat jeden Urteilsfähigen von der Undurchführbarkeit einer Politik der Vertragserfüllung überzeugen müssen. Aber die deutsche Regierung stellt das einzige in der Weltgeschichte vorhandene Exemplar einer Staatsleitung dar, die in der Ruinierung des eigenen Landes und Volkes den Zweck ihres Daseins sieht und damit den Regierten noch eine Wohlthat zu erweisen glaubt. So gewiß also der Versuch, auf jenem Wege fortzuschreiten, die Krise vergrößert und den Zerfall der Wirtschaft beschleunigt, so gewiß wird sich die Regierung im Schweiße ihres Angesichtes abmühen, ihren Auftraggeber, den Völkerbund, zufriedenzustellen, und die allgemeine Zerrüttung weiter zu steigern.

Es ist nicht etwa ein schlechter Witz, sondern ernste Wirklichkeit, daß die Regierung auf allen städtischen und ländlichen Bodenbesitz sowie auf alle gewerblichen Betriebe Zwangshypothesen zu legen beabsichtigt und zwar in Formen und in einer Höhe, die für zahllose Existenzen, ja für die meistaus größte Mehrzahl der Betroffenen eine Katastrophe bedeutet. Der Friedenswert der Grundstücke und Betriebe soll mit sechs multipliziert und von der so gewonnenen Zahl ein Fünftel als Goldhypothek an erster Stelle

eingetragen werden. Die Goldhypothek soll in keinem festen Verhältnis zur Papiermark stehen, ihr Wert in Papiermark vielmehr allen Schwankungen der Valuta unterworfen sein und mit dem Sinken der Valuta automatisch wachsen.

Wie eine solche Zwangshypothek auf die deutsche Wirtschaft wirken würde, läßt sich mit wenigen Worten fassen. Zwanzig Prozent vom verheerenden Friedenswert übersteigen um 20 Prozent den ganzen Friedenswert. Dabei handelt es sich meist um Wirtschaftsmittel, die infolge der Ungunst der Zeit haben herabgewirtschaftet werden müssen. Eine Zwangshypothek in der empfohlenen Höhe kommt sonach einer vollen Konfiskation gleich. Die Werkzeuge und Maschinen, der Grund und Boden bilden die Produktionsmittel einer jeden Gesellschaft. Der Grund und Boden zumal spendet Nahrung und Rohstoffe, er ist der Standort aller gewerblichen, aller industriellen Tätigkeit. Was ist die gesellschaftliche Wirtschaft der Menschen anders als ein organisierter Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, ein organisierter Austausch zwischen Menschenkraft und Bodenkraft? Wird eine von diesen Kräften — und der Plan der Regierung tastet beide an — zu Steuerzwecken konfisziert, so hört jede eigenständige Wirtschaft, jedes eigenständige Leben auf, und wenn nicht alles zerfällt und diejenigen, welche damit beglückt werden

sollen es sich gefallen lassen, wäre das einzige, was dabei herauskommen könnte, die Staatsfaladerei, die unergiebigste unter allen Wirtschaftsformen.

Die Regierung nimmt an, daß sich die Produktionskraft der deutschen Wirtschaft gehoben hat. Worauf sich diese hohe Illusion gründet, bleibt ihr Geheimnis. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall; die Produktionskraft hat erheblich abgenommen und nimmt weiter ab. Wie könnte es nach der Abtreibung lebenswichtiger Gebiete im Osten und Westen, nach dem Verlust eines großen Teiles der Erz- und Kohlenproduktion, nach der Auslieferung der Handelsflotte, nach der Verschleuderung und dem Abtransport zahlloser anderer Produktionsmittel, nach der Auspumpung des Landes an Rohstoffen und Gold anders sein? Wohl hat sich die innere Organisation mancher Betriebe, namentlich der Großbetriebe verkräftigt, um durch bessere Verwertung und Ausnutzung des noch vorhandenen die Nachteile auszugleichen, welche der Mangel an Rohstoffen, der jähe Sturz der Valuta und die allgemeine Desorganisation der Wirtschaft verursachen. In diesem Sinne mag es zutreffen, daß sich die Leistungsfähigkeit der Produktion gehoben hat. Aber diese potentelle Erhöhung der Leistungsfähigkeit gilt nur für einen der Zahl nach sicherlich nicht erheblichen Bruchteil der Betriebe und es steht ihr zudem die rasch wachsende Desorganisation der Gesamtwirtschaft und die Lockerung ihrer inneren Zusammenhänge gegenüber. Der Gesamtertrag der Wirtschaft nimmt nicht zu, sondern ab, und von dem sinkenden Gesamtertrag müssen noch die katastrophalen Zahlungen an den Völkerbund, müssen die Steuern für den Bedarf des Reiches, der Staaten und Gemeinden geleistet werden. Es braucht keiner näheren Darlegung, welcher Art die Rückwirkungen sind, die eine solche Situation auf die Wirtschaft des Ganzen und des Einzelnen ausüben muß.

Ueber den Wert eines Betriebes bestimmt nicht eine künstlich konstruierte, wenn auch in Steuergesetzen festgelegte Geldgröße, sondern der Ertrag, den er dauernd abwirft. Und der ist wiederum nicht von der möglichen, sondern von der tatsächlichen Leistung abhängig, wie sie durch den Gesamtstand und die Gesamtzusammenhänge der Wirtschaft und damit allerdings auch durch die Gesetzgebung bedingt wird. Ueberlastung mit Steuern, welche die Lebenshaltung und Arbeitsleistung des Produzenten herabdrücken, welche die Erneuerung und Verbesserung der Produktionsmittel verhindern, senken den Ertrag und drücken den Wert des Betriebes herab. Seit langem schon handelt es sich in Deutschland

nicht mehr um die Frage, was die Produktion etwa leisten könnte, sondern was die in reißendem Fluß befindliche Gesetzgebung, namentlich die Landesgesetzgebung ihr noch zu leisten gestattet. Die Gesetzgebung der sozialistischen Republik krankt an einem unheilbaren Widerspruch. Sie will kapitalistische Wirtschaftsverhältnisse aufrecht erhalten, und zugleich steuert sie das Kapital hinweg, unterbindet sie seine Neubildung und sein Wachstum. Kapitalistische Wirtschaftsverhältnisse aufrecht erhalten, heißt doch wohl, daß die Bevölkerung von einer kapitalistisch organisierten, einer kapitalistisch betriebenen Wirtschaft leben soll, von einer Wirtschaft, in der das Kapital die bewegende Kraft bildet, die Unruhe gewissermaßen, welche die Uhr der gesellschaftlichen Produktion in Gang hält. Kapitalistische Wirtschaft setzt also voraus, daß das Einzelkapital sich fortgesetzt ergänzen und neu bilden kann und das gesamte Kapital in der Gesellschaft fortgesetzt wächst. Nur wenn dies der Fall ist, vermag die Produktion sich in normaler Weise zu vollziehen, nur dann besteht für die Hände, welche im Prozeß einer kapitalistischen Produktion vermöge der steten technischen Ummälzung und der dadurch bewirkten Ersparnis an Arbeitskraft stetig freigesetzt werden und freigesetzt werden müssen, die Aussicht und die Möglichkeit, Beschäftigung und Lebensunterhalt zu finden. Eine kapitalistische Wirtschaft erhalten wollen und zugleich die Kapitalbildung unterbinden, die Funktion des Kapitals zerstören, ist der Gipfel dilettantischer Unfähigkeit und bringt Ruin über die Gesamtheit und Verderben über den Einzelnen.

Es ist nun freilich das besondere Pech dieser sozialistisch-kapitalistischen Finanzkünstler, daß ihre Absichten sich schon deshalb nicht verwirklichen können, weil sie sich nicht verwirklichen dürfen. Denn die Menschen müssen und wollen leben, und dazu brauchen sie eine irgendwie organisierte, d. h. auf einem bestimmten Wirtschaftsprinzip beruhende Wirtschaft. Da nun eine Konfiskation, wie die in Aussicht genommene, mit Sozialismus und einer auf die Selbstverwaltung durch die Produzenten gegründeten Gemeinwirtschaft nichts zu schaffen hat und ihr auch nicht die Wege bereiten kann, setzt sich der Kapitalismus — gerade der Hemmungen wegen und weil er keine lebens- und tragfähige Gesellschaft mehr organisieren kann — nur in um so widerwärtigeren und für die Gesamtheit schädlicheren Formen durch unterständiger Schwächung der Produktionskraft des Landes. Wie sieht es denn, um nur diesen einen Produktionszweig herauszugreifen, in der Wirtschaft des Bauern aus? In Rückstand gekommene Reparaturen, Inventarergänzungen und Meliorationen, Erhöhung aller Betriebsausgaben,

Erhöhung namentlich der Preise für Düngemittel in einem Umfange, der die Betriebsmittel der meisten Landwirte erheblich übersteigt, Erhöhung der Löhne und Versicherungsprämien, gewaltig wachsende Steuerlasten! Mag da mancher Landwirt erhebliche Einnahmen in Papiermark haben, von einer Erhaltung, geschweige einer Steigerung der Produktionskraft der weitaus meisten Wirtschaften ist in aller Welt nicht die Rede.

Die Regierung bildet sich offenbar ein, daß sich die Preise der Sachwerte im Lande beliebig in die Höhe treiben lassen. Die Preise finden ihre Grenze selbstverständlich an den Preisen des Weltmarktes, und sie könnten nur durch eine ins Maßlose gehende Verschlechterung der Valuta weiter hinaufgetrieben werden. Es gehört sicher zu den merkwürdigsten Erscheinungen dieser merkwürdigen Zwischenzeit seit dem Niedergang der ersten Revolution, daß Preissteigerung durch Valutaverschlechterung, die Wonne und das Entzücken aller Wucherer und Schieber, der Traum aller durch Verschleuderung deutscher Werte an das Ausland zu Vermögen gekommener Gauner, daß dieser Jobberinstinkt zu der Weisheit letztem Schluß für die deutschen Regierer geworden.

In jenem Steuerprojekt enthüllt sich voll und ganz die deutsche Situation, wie sie sich durch den Versailler Vertrag und seine Verschärfung durch das Londoner Finanzdiktaat gestaltet hat. Die Goldmark ist ein Währungsmaß, das als solches aus Deutschland verschwunden und durch die Papiermark ersetzt ist. Selbst die Stücke der alten Goldmark, die sich noch in Deutschland vorfinden, sind keine Goldmark mehr, sondern nur noch Goldgegenstände, und als solche behandelt sie auch die Reichsbank, wenn sie für die einzelne Goldmark 450 und mehr Papiermark zahlt. Wenn die Regierung die immobilien Werte mit einer Hypothek in Goldmark belastet, in einer Währung, die im Lande nicht mehr besteht, die aber den Verträgen und Berechnungen mit dem Völkerbund zu Grunde liegt, so entrechtet sie nicht nur die übrigen Hypotheken, so konfisziert und zerstört sie nicht nur im Umfange dieser Entrechtung Eigentum, sie vollzieht grundsätzlich die Expropriation der deutschen Besitzer zu gunsten

des Völkerbundes. Es ist eine offene und ausdrückliche Zueignung und Auslieferung aller jener Werte des Bodens und der Gewerbe, der ganzen Produktionskraft, ja der ganzen Wirtschaftssubstanz des Landes an das imperialistische Ausland.

Zudem: Hypothekenbriefe sind veräußerliche Objekte, und die Denkschrift der Regierung hätte nicht auszusprechen brauchen, daß die Grund- und Gewerbeschuld als Anleihebasis dienen und an das Ausland verkauft werden soll. Diese Absicht folgert aus dem Projekt selbst. Mit einem Ertragnis von 17 Milliarden Papiermark, das die Verwirklichung des Projekts erbringen soll, ist der bestehende Finanznot nicht abgeholfen, und die Summen, welche die Regierung braucht, steigen sich von Tag zu Tag. Die Steuerkraft des Landes ist ausgehöpft. Woher also Gold beschaffen, wenn nicht durch Pump und Verkauf? Bei wem aber leihen und an wen verkaufen, wenn nicht an den Völkerbund? Dient die Grund- und Gewerbeschuld als Anleihebasis, so heißt dies, daß die Besitzer für die Zinsen der Staatsverpflichtungen, da ja fortan bestimmte Besitztümer für die Zahlung haften, unmittelbar aufzukommen haben. Wird die Grund- und Gewerbeschuld an den Völkerbund verkauft oder in Zahlung gegeben, so können die Hypothekenbriefe an den ausländischen Börsen gehandelt, sie können an Stelle von Renten an Kriegsinvalide verlehnen, es können mit ihnen die Pensionen der Besatzungstruppen bezahlt werden. Und der fremdländische Erwerber könnte jederzeit verlangen, in ein Besitztum unter Entfernung deutscher Nutznießer eingewiesen zu werden. Vielleicht fängt Frankreich an, auf diese Weise die weiße Negerkolonie Deutschland mit Farbigen zu peuplieren, und vielleicht erleben wir es eines Tages, daß die demokratischen und sozialdemokratischen und clerikalen Stützen dieser freien sozialistischen Republik die neuen Volksgenossen unter den Klängen eines Niggerjong an der Westfront feierlich einholen und ihren Schönen den Schmah des Willkommens auf die wulstigen Lippen drücken. Denn bei Gott und Eberts Palabinen ist kein Ding unmöglich.

Spartakus und die Hamburger Orientierung.

Der Ausbruch des Weltkrieges als Ausdruck der Tatsache, daß der Erdball für die imperialistischen Kräfte zu eng geworden, läutete dem kapitalistischen Weltsystem die Totenglocke. Mit der Ent-

fesselung aller Gewalten der Zerstörung, die in ihm gebunden lagen, endete die alte und begann eine neue Geschichtsperiode, die die Ablösung der kapitalistischen Staaten- und Wirtschafts-

ordnung durch die kommunistische zu vollziehen hat. Die Durchführung der sozialen Umwälzung, bis dahin blieb ein revolutionäres Ziel, dem bei der unerschütterten Festigkeit des kapitalistischen Staatensystems nur mit reformistischen Mitteln, also mit den Mitteln des kapitalistischen Systems selber hätte vorgearbeitet werden können, trat mitten hinein in die Politik des Tages. Diese Erkenntnis mußte für den revolutionären Flügel der aufsteigenden proletarischen Klasse am Anfange aller Orientierung stehen.

Eine revolutionäre Politik befand sich dem einheimischen Imperialismus in Todfeindschaft gegenüber und mußte seinen Sieg zu verhindern trachten. Daher die Notwendigkeit, die Bourgeoisie des Landes zu stürzen und das imperialistische Heer zu zerlegen. Mit derselben Energie aber hatte die Revolution auch den Sieg des ausländischen Imperialismus zu bekämpfen. Denn der Sieg des ausländischen Imperialismus machte die Durchführung der proletarischen Revolution nicht nur im Lande der Sieger, sondern auch im eigenen Lande unmöglich. Daher die andere Notwendigkeit, das Land vor der Ueberflutung durch den fremdländischen Imperialismus zu schützen und durch eine straffe revolutionäre Staatsgewalt die revolutionäre Verteidigung zu organisieren. Beide Notwendigkeiten standen gleich zwingend nebeneinander. Vom Standpunkt einer revolutionären Politik war keine ohne die andere denkbar. Nicht nur, weil das Wesen revolutionärer Politik gerade darin besteht, daß sie zwar das Alte auflöst, aber auch die Elemente des Neuen sammelt und bindet, daß sie zwar destruktiv, aber zur selben Zeit und in höherem Grade konstruktiv wirkt: eine rein destruktive, eine lediglich auflösende Politik — und auf eine solche beschränkte sich der Spartakusbund — diente ausschließlich der Konterrevolution, diente dem Völkerbunde, dessen Sieg sie organisierte und dem sie die Revolution in die Hände spielte und auslieferte.

In den ersten Kriegswochen schon ließ sich nicht mehr verkennen, daß mit revolutionären Mitteln allein noch das Land sich gegen den ausländischen Imperialismus behaupten konnte. Nur dann blieb das deutsche Wirtschaftsgebiet, die Grundlage für einen proletarischen Staat, in seinen lebenswichtigen Teilen ungeschmälert erhalten, wenn die durch die Maschinerie des kapitalistischen Systems gefesselten Massenkräfte in Volk und Heer freigemacht wurden. Der Sturz der Bourgeoisie und der alten Generallität, die Neuorganisation von Staat und Wirtschaft, die Verwandlung des imperialistischen Raub-

krieges in einen Krieg der revolutionären Defensiv, diese Notwendigkeiten der revolutionären Politik, die zugleich Notwendigkeiten einer nationalen Politik waren, ließen sich jedoch nur unter der Vorrangsetzung verwirklichen, daß die organisatorische Geschlossenheit der Arbeiterbewegung bestehen blieb. Sie allein gewährleistete die Durchführung der revolutionären Verteidigung und die Errichtung des proletarischen Staates. Und da die Berufung zur Staatsbildung an die Arbeiterklasse übergang, war proletarische Politik nur noch unter diesem Zielpunkt, als Staatspolitik möglich. An der Erhaltung der Einheit ihrer sozialistischen Organisationen hing deshalb für die Arbeiterklasse nicht weniger wie an der revolutionären Orientierung überhaupt, von der jene ein Teil war. Denn wie immer sonst der Krieg ausließ, die Zertrümmerung der politischen Einheit der deutschen Arbeiterorganisation endete fürs erste mit der Niederlage des Proletariats vor dem Imperialismus der Welt, mochten die Zentralmächte, mochte die Entente dessen Führung in Händen haben.

Eine revolutionäre Politik erforderte mithin dreierlei: den Sturz der Bourgeoisie, die revolutionäre Landesverteidigung und die Erhaltung der organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse. In allen drei Punkten beobachteten die Initiatoren des späteren Spartakusbundes eine von der Hamburger Orientierung grundsätzlich verschiedene Haltung. Sie legten das Schwergewicht auf die Frage der Kreditbewilligung und die Aktion der Abgeordneten im Parlament, nicht auf die Zertrümmerung des Burgfriedens, durch die allein das Volk sich den Weg bahnen konnte, um in die politischen Entscheidungen bestimmend einzugreifen. Sie lehnten nicht etwa nur die imperialistische Form des Krieges ab, sondern sie verneinten die Landesverteidigung schlechthin. Indem sie die Aktion der Masse außerhalb des Parlaments der Aktion der Führer im Parlament unterordneten, unterwarfen sie die Masse in der Organisation und damit die Einheit der Organisation dem Spaltungsprinzip der Führer. Und gerade der extreme Flügel der unabhängigen Sozialdemokratie, der Spartakusbund, wurde im Verlaufe des Krieges der lauteste Dränger, um den parlamentarischen Zwiespalt der Führer über den Kopf der Mitgliedschaft hinweg in eine organisatorische Spaltung der Masse zu verwan deln. Zum Unterschiede hiervon setzte die revolutionäre Hamburger Politik von den ersten Tagen des Krieges an der parlamentarischen Aktion der Führer die Massenaktion entgegen. Sie forderte die Zertrümmerung des Burgfriedens

und damit die Niederkämpfung der Bourgeoisie. Dem Spaltungsprinzip der Führer begegnete sie mit der Parole des Selbstbestimmungsrechtes der Massen in der Organisation. Die grundsätzliche Einstellung zur Landesverteidigung ergab sich damit von selbst. Und diese Parole und damit ihre entschiedene Gegnerschaft zum Spartakusbund hat die Hamburger Orientierung in allen Phasen des Krieges unbedingt festgehalten.

Die Revolution stand vor zwei Tatsachen: dem Zusammenbruch des imperialistischen Regiments an der Front und im Lande und der vollzogenen Spaltung der proletarischen Organisation. Die revolutionäre Verteidigung erforderte den revolutionären Staat, der revolutionäre Staat erforderte die einheitliche Klassenorganisation der Arbeiterschaft. Aber diese Einheitlichkeit konnte nach vollzogener Revolution nicht mehr hergestellt werden durch einen sozialdemokratischen Parteiapparat, sondern nur noch durch die Konstituierung der Arbeiterschaft als werktätige Klasse, die Kopf- und Handarbeiter als unteilbare gesellschaftliche Einheit umfaßt, also durch den revolutionären Akt der proletarischen Staatsbildung selbst. Wie die Hamburger Orientierung sofort mit ganzer Kraft auf die Konsolidierung der aus der Revolution hervorgegangenen Räte zu einer festen Staatsmacht hinarbeitete so suchte sie die Einheit der Arbeiterklasse und ihre Einigung durch die Räteorgane zum leitenden Prinzip der Revolution zu erheben. Wo immer die Parole sich durchsetzte, wurde die Parteipolitik in den Hintergrund gedrängt und der Rätepolitik untergeordnet. Hatten sich die Räte einmal als brauchbare Organe der Politik der Arbeiterklasse bewährt, so waren die Parteien für die Politik der Revolution grundsätzlich erledigt, und auch die Gewerkschaften mußten sich alsdann den Bedürfnissen der Räte anpassen, was sie ohnehin leicht vermochten. Sie brauchten nur die von uns wiederholt mit Nachdruck geforderte Umstellung vorzunehmen und, wie es ja auch die russischen Gewerkschaften während der Revolution taten, von der beruflichen Gliederung zur Organisation nach Betrieben überzugehen, wozu die Ansätze innerhalb der freien Gewerkschaften seit langem vorhanden waren, wenn auch verborhtes und eigenfüchtiges Bonzeninteresse der allgemeinen Umstellung lebhaft und bis heute mit Erfolg widerstrebte.

Die Orientierung der revolutionären Politik

nach den Klassenbedürfnissen der Arbeiterschaft hat in Hamburg nach dem am 6. November inmitten des kaiserlichen Deutschland siegreich durchgeführten Aufstand den Bürgerkrieg verhindert — entgegen der patentierten Moskauer Weisheit, die im Bürgerkrieg ein notwendiges Mittel der Revolution anpreist, ohne zu begreifen, daß nach siegreich durchgeführter Erhebung der Bürgerkrieg nur ein Mittel der Konterrevolution gegen revolutionäre Erfolge sein kann, nicht aber ein Mittel proletarischer Staatspolitik. Und weil es in Hamburg nicht zum Bürgerkriege gekommen ist, konnte von hier aus die Konsolidierung der Gegenrevolution, die im Reich mit dem Bürgerkriege begann, verhindert werden. Der kampfstos Einmarsch der Reichswehr in Hamburg um die Jahresmitte 1919 erfolgte, als fast im ganzen übrigen Deutschland die Arbeiterklasse mit Waffengewalt niedergeschlagen war, als in allen großen Städten die Militärdiktatur herrschte, und die gewalttätige Niederwerfung der Arbeiterschaft des Nordens die Vorrangsetzung bildete für die Zentralisierung dieser Militärdiktatur über das ganze Reich. Gelang diese Zentralisation, dann bedurfte es in einer Zeit, in der eine Verfassung noch nicht bestand, keines Rapp-Putschs mehr, um die Monarchie in dieser oder jener Form wieder aufzurichten. Lediglich die Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu Hamburg, die unter der Führung der Kommunisten in jener Situation über alle Parteienzerpflüchterung hinweg eine gemeinsame Linie des Handelns fand, hat die Pläne der Konterrevolution zu Schanden gemacht.

Das Scheitern des Versuchs, die Arbeiterschaft im Norden mit Waffengewalt niederzuschlagen, erbrachte den Beweis, daß eine Konsolidierung der Konterrevolution überhaupt nicht mehr möglich war. Es gab nur noch einen Weg, um zu einem gefestigten Staatswesen zu gelangen, die Aufrichtung des revolutionären, des Rätestaates. Auf diese Situation hatte sich die revolutionäre Bewegung einzustellen. Sie hatte zu erkennen, daß der parlamentarische Sumpf nur noch ein Sammelbecken der kapitalistischen Bewegung darstellte, nicht einmal mehr fähig, konterrevolutionäre Kräfte aus sich heraus hervorzubringen. (Aus der Broschüre: Moskau und die deutsche Revolution, eine kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim.)

Brecht das Doppelschloß entzwei,
Brecht die Not der Sklaverei,
Brecht die Sklaverei der Not,
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!
Herwegh.

Grundsätzliches zur kommenden Umgestaltung.

Die nachstehende Abhandlung wurde mir einige Zeit nach dem Kappuzsch anonym zugesandt. Wie sich aus dem Inhalt ergibt, gehört der Verfasser Kreisen an, die der parteipolitischen Schablone nach der Rechten zugesandt werden müssen. Um so bemerkenswerter ist es, daß Kapitalenteignung und Räuberbau im Mittelpunkt seines politischen Denkens stehen und er sich mit feiner Darstellung und seinen Vorschlägen an einen Kommunisten wendet. In einer von der heutigen wesentlich verschiedenen Situation geschrieben, ist die Schrift in einzelnen Beziehungen überholt und geht zum Teil auch von falschen Voraussetzungen aus. Wenn wir sie trotzdem unverändert und unverkürzt veröffentlichen, dann wegen der mancherlei einsichtsreichen Bemerkungen, die den Abdruck auch heute noch rechtfertigen, und weil ihre Irrtümer eine willkommene Handhabe bieten, um einige wenig geklärte Fragen näher zu erörtern. Bei der Länge der Abhandlung selbst soll dies in der nächsten Nummer geschehen.

Dr. S. Laufenberg.

Jede Wirtschaftsepochē schafft sich, aus den durch sie selbst ausgelösten Kräften und Verhältnissen heraus, die ihr adäquate Gesellschaftsordnung. So schuf sich die mittelalterliche Agrarwirtschaft die feudale, die städtisch-frühindustrielle Wirtschaft die bürgerliche Gesellschaftsordnung. Die hochentwickelte industrielle Wirtschaftsepochē unserer Zeit hat die ihr adäquate Gesellschaftsform noch nicht gefunden; vielmehr befinden wir uns gegenwärtig im Stadium des Werdens eines Neuen. Umgestaltungen einer Gesellschaftsordnung können sich nicht ohne Kämpfe und Erschütterungen vollziehen; die Erschütterungen der Gegenwart sind als die Wehen des Alten bei der Geburt des Neuen zu werten.

Unsere heutige Wirtschaftsepochē, von allen früheren wesentlich unterschieden durch noch nicht dagewesene Zusammenballungen von Menschenmassen, verlangt eine völlig neuartige Gesellschaftsordnung. Ebenso nämlich, wie einerseits die materielle Versorgung so großer Massen mit den lebensnotwendigen Gütern ohne eine hochentwickelte Technik nicht möglich ist, so ist andererseits wiederum die Bewältigung der technischen Aufgaben nicht möglich ohne die Industrielage großer Menschenmassen und zwar an der Technik, für sie und durch sie intellektuell geschult und daher auch kritisch denkender, „auf-

geklärter“ Menschenmassen. „Aufgeklärte“ Massen lassen sich eine allein auf brutaler Gewalt von außen her beruhende, „herrschaftsmäßige“ Disziplin nicht gefallen (wie etwa intellektuell ungeschulte und daher aktionsfähige Massen dies wohl oder übel tun müssen), sondern sie verlangen, daß da, wo Zusammenfassung von Kräften und damit Disziplin notwendig ist, diese sich nicht auf Zwang von außen, sondern auf freiwillige Einordnung aufbauen; daß das Recht des Führers sich nicht auf die zufällig in seinen Händen befindlichen Gewalt- und Machtmittel, sondern auf Eignung und gestaltende Hingabe stütze; dienende Leitung statt genießenden Befehlens. Das hiermit heute den Völkern Europas durch ihre eigene Geschichte gestellte Problem ist seinem Wesen nach so alt wie die Welt; seiner momentanen Schärfe und Dringlichkeit nach aber ist es durchaus neu und ohne Präzedenzfall.

Partielle Reformen im Rahmen und von dem Boden des zerbrechenden Alten aus können im gegenwärtigen Stadium weder eine allmähliche Umformung herbeiführen, noch eine völlige Neugestaltung erzeugen, noch gar das revolutionäre, katastrophale Herauskommen eines völlig Neuen verhindern. Höchstens können sie, im Verein mit gewaltsamen Abwehrmaßnahmen, das Tempo der Revolution verlangsamen; daß dies geschehe, ist wünschenswert, damit dieser letzteren — wenn auch gegen ihren ungestüm drängenden Willen — die Zeit zur völligen Ausreifung gegeben werde. Die Träger des Neuen müssen die ihnen hierdurch gegebenen, durch die elementare Kraft ihrer eigenen Sache aber stark begrenzte Zeitspanne dazu benutzen, sich über die großen Richtlinien völlig klar zu werden, in denen sich die kommende Umgestaltung vollziehen muß, um nicht entweder in ihrer eigenen Unmöglichkeit zu ersticken, oder in ihrem wesentlichen Ziele unwirksam zu werden bzw. zu scheitern.

Nur ganz im Großen lassen sich Entwicklungslinien vorausahnend erschauen; nur die Maßnahmen liegen im

Sinne der geschichtlichen Entwicklung, die unmittelbaren Notwendigkeiten entspringen; und nur das Einfache verspricht Erfolg. Es ist unmöglich, voraussehend sagen zu wollen, wie sich unter der Rückwirkung der kommenden Gesellschaftsordnung und ihrer Rechtsverhältnisse der Ablauf der Wirtschaft, insbesondere des Prozesses der Produktion und Verteilung von Gütern, vollziehen wird. Wenn es auch vielfach angenommen wird und durchaus denkbar ist, daß die kommende Zeit eine nationale Zentralisierung dieser Prozesse unter entsprechender, organisatorischer Zusammenfassung der hierin tätigen Kräfte bringen wird, so besteht doch für die Gegenwart und absehbare Zukunft weder eine unmittelbare Notwendigkeit zu einschneidenden, umfassenden, grundsätzlichen Maßnahmen in dieser Richtung, noch liegen die praktischen Möglichkeiten zu ihrer Ergreifung und erfolgreichen Durchführung vor. Mögen in Einzelzweigen der Wirtschaft (z. B. Brotversorgung) diese Voraussetzungen: nämlich Notwendigkeit und Möglichkeit, zutreffen — wenn auch, was die Möglichkeiten betrifft, vielfach nur sehr notdürftig — und daher die Uebernahme und Fortführung bestehender Einrichtungen und der Ausbau vorhandener Anstalten durchaus zweckmäßig erscheinen und demgemäß zu den wichtigsten Aufgaben einer neuen Regierung gehören: für eine alsbaldige Inangriffnahme einer so überaus gewaltigen Aufgabe, wie sie die grundsätzliche und völlige Uebernahme und Zentralisierung des gesamten Produktions- und Verteilungsprozesses durch die organisierte Gesellschaft darstellt, fehlt — neben der unmittelbaren Notwendigkeit — vor allem jede Möglichkeit. Es fehlt jede annähernd ausreichende statistische Unterlage; ja, es fehlt überhaupt bisher die zu ihrer Beschaffung unbedingt erforderliche, allgemeingültige theoretisch-wissenschaftliche Erkenntnis der fundamentalen Zusammenhänge des wirtschaftlichen Geschehens; es fehlt vor allen Dingen bisher jene „organisierte Gesellschaft“ selbst, die allein die Trägerin einer zusammengefaßten Wirtschaft sein könnte, und der Aufbau einer solchen, für diese Aufgabe qualifizierten Gesellschaft ist eine Aufgabe, die in Jahrzehnten kaum zu lösen ist. — Alle Vorschläge, die in der Richtung einer Wirtschafts-Zentralisation bisher gemacht sind — von Rathenau und Moellendorf bis zu Däumig (ihr Wert als Anregungen für eine spätere Zukunft wird dadurch nicht geschmälert) — sind weitaus zu kompliziert, um auch nur die leiseste Aussicht auf baldige Verwirklichung zu haben im Rahmen einer Um-

gestaltung, die, um nicht unter Herbeiführung namenlosen Elends sofort zu scheitern oder zu ersticken, binnen kürzester Frist durch sichtbare, greifbare, achtungsgebietende Resultate wirksam und als zu Hoffnungen berechtigt empfunden werden muß bei allen denen, auf deren Stellung zum Geschehen es irgendwie ankommt.

Nur ganz einfache Maßnahmen können überhaupt in Frage kommen, nur solche, die einer unmittelbaren Notwendigkeit entsprechen, und deren eindeutiger Sinn jedem gesunden Menschenverstand bei objektiver Betrachtung klar erkennbar und einleuchtend ist.

Worauf es heute innerpolitisch-wirtschaftlich allein ankommt (das Außenpolitische u. d. Militärische wird später kurz zu streifen sein) ist, daß gearbeitet und gesparrt wird. Der Arbeiter wird (dies ist Voraussetzung, ohne die alles andere umsonst wäre) mit Hingabe arbeiten, so bald er weiß, daß er nicht mehr für den Privat-Gewinn des Unternehmens schafft, sondern für sich, für seine Familie und für das Volksganze. Er wird sich in einer Zeit der Not in seinem Verbrauch auf das äußerste einschränken, wenn er das Gleiche oder doch zum mindesten den entschiedenen Willen und ernste Anstöße dazu bei der Intelligenz unzweideutig sieht und erkennt. Zum allermindesten würde sich unter diesen letzteren Voraussetzungen die Kräftekonstellation schaffen lassen, mit deren Hilfe der Arbeiter zur Arbeit und Sparsamkeit erzwingen werden kann. — Der Kapitalist aber verzichtet freiwillig nicht auf seinen Privatgewinn, und die wohlhabende Intelligenz schränkt sich freiwillig nicht ein.

Wie aber kann man diese beiden Dinge erzwingen? Das ist die Kardinalfrage; ihre Beantwortung führt uns in das Gebiet des Rechtes, und zwar in das Zentralproblem des Güterrechtes: das Privateigentum.

„Eigentum“ ist eine Rechtsform der Verfügungsgewalt über Güter; juristisch bezeichnet man mit diesem Begriff die ideale, rechtliche, grundsätzliche und unbeschränkte Verfügungsgewalt, die mit keiner Verantwortung nach außen (etwa Dritten, oder dem Staate, oder der Volksgemeinschaft) verbunden ist. Verfügungsgewalt über Güter bedingt und bedeutet Macht; große Ungleichheiten in der Verfügungsgewalt über Güter und damit in den Machtverhältnissen sind unvermeidbar, und ohne solche Ungleichheit in den Machtverhältnissen ist keine Gesellschaft denkbar. Aber in der Unbeschränktheit und Unverantwortlichkeit der Macht, wie sie im

Privateigentumsrecht beliebigen Personen gegeben sind, liegt für die betreffenden Personen die vom Staate bisher rechtlich sanktionierte und geschützte Möglichkeit zum Mißbrauch der Macht für ihre allerpersönlichsten, vielfach das Volkswohl schädigenden Zwecke. Diese, gerade heute in immer krasserer Form in Erscheinung tretende und benutzte Zulässigkeit des Mißbrauches ist es, welche heute von den Massen der intellektuell geschulten und kritisch denkenden Arbeiterschaft als unerträglich empfunden und deren Beseitigung daher im allgemeinen Interesse gefordert wird. Die Forderung unserer Zeit geht daher auf Einführung einer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit hinsichtlich der Verfügungsgewalt über Güter.

Dies aber bedeutet nach dem Gesagten praktisch nichts anderes als die Abschaffung der Rechtsinstitution des Privateigentums im weitesten Sinne; und, da sofort eine neue Rechtsgrundlage an die Stelle der alten treten muß, die Statuierung des Eigentumsrechtes der Gesellschaft.

Die Ueberführung — nun nicht etwa nur der „sozialisierungsreifen“ Betriebe und Objekte, sondern ganz allgemein aller Güter, Produktionsmittel, Grund und Boden, Gebäude, lebenden und toten Inventarien, Transportmittel, Schuldforderungen, kurz aller verbenden und toten Kapitalien bis zum Kleidungsstück, Fingerring, Feder und Tintenfaß aus dem privaten Eigentum in das Eigentum der Gesellschaft und in besitzmäßige verantwortliche Verwaltung muß die Rechtsgrundlage einer Volks-, Staats- und Gesellschafts-Verfassung sein, die sich im Gegensatz zu allen früheren eine „kommunistische“ nennt. Wer über Güter verfügt, also „Besitzender“ ist, ist hierin unter einer solchen Verfassung nicht mehr unbeschränkt, sondern beschränkt durch die Belange der Allgemeinheit; nicht mehr frei von jeder Verantwortung, sondern ernstlicher Verantwortung unterworfen. Das bedeutet grundsätzliche Absehbare der Verwalter von Kapitalien durch die Organe der Gesellschaft; es bedeutet die rechtliche Möglichkeit zu einer etwa notwendig werdenden Entfernung unqualifizierter „Besitzender“ aus ihrem Besitz.

Also zunächst eine grundlegende Umgestaltung des Rechtes. Das Recht, die Normierung des Verhältnisses der Menschen untereinander, mit dem Ziele einer größtmöglichen Stabilisierung desselben, kann, weil nur wegen Fehlerhaftigkeit des Menschengeschlechts notwendig, niemals absolut sein, es ist tatsächlich immer relativ, indem es der Ausdruck des Gesamtwillens eines

Volkes ist, wie er sich aus der jeweiligen Kräftegruppierung desselben ergibt. Die im Entstehen begriffene, neue Kräftegruppierung innerhalb des deutschen Volkes verlangt ihre neuen Rechtsformen, und zwar solche, die eine in möglichst hohem Grade auf das Gesamtwohl zielende, den Gemeinchaftsinn fördernde und dabei möglichst produktive Wirtschaft ermöglichen und verbürgen.

Wenn der Besitzende spart, d. h. seinen Verbrauch einschränkt, so muß das Ersparnis mit absoluter Notwendigkeit der Produktivität der Wirtschaft zu Gute kommen; denn aus Ersparnissen allein erwachsen neue Produktionsmittel und damit Arbeitsmöglichkeit. Eine Rechtsgrundlage also, die es ermöglicht, den Besitzenden zur Sparsamkeit zu zwingen, kann, wenn richtig gehandhabt, das hier verlangte verbürgen. Eine solche Grundlage allein gibt es in der Statuierung der Verantwortlichkeit des Besitzes und in der Einführung einer gesellschaftlichen Kontrolle, die sich in allererster Linie in der Richtung der Drosselung des Verbrauchs der Besitzenden auszuwirken hätte.

Die Höhe des Verbrauchs einer Familie steht in engster Beziehung zu der Größe des von ihr bewohnten Hauses. Von ihr hängt die Menge der Möbel etc., der Umfang der Gastlichkeit und damit der Verbrauch von hochwertigen Speisen, Getränken und Genussmitteln, die Zahl der (unproduktiven) Dienstmädchen ab; und im umgekehrten Verhältnis zur Größe des Hauses pflegt die produktive oder gemeinnützige Tätigkeit der weiblichen Familienangehörigen zu stehen (übrigens machen sich in dieser Beziehung seit einigen Jahren gesündere Bestrebungen geltend). An Wohnungen herrscht heute Mangel; die Bewohnung großer Häuser durch wenige Personen aber bedeutet Zehrung an der Volkskraft: also stärkste Einschränkung der Besitzenden hinsichtlich der Benutzung von Wohnungen! — Große, geräumige Häuser mit parkartigen Gärten eignen sich in starkem Maße zu Kinderschulen mit Internat! Es sind genügend bisher beschäftigungslose junge Mädchen vorhanden, die die Erziehung der Kinder übernehmen können! Heranziehung eines gesunden Nachwuchses aus den kinderreichen, aber zur gesunden Aufzucht vieler Kinder häufig nicht geeigneten oder nicht in der Lage befindlichen Proletarier-Familien!

Große Schätze an wertvollem Schmuck und Tafelgerät würden frei werden: Dragonierung als Staatschatz oder zur Deckung von Noten („Reichsnotopfer“). Wertvolle Möbel: Verkauf ins Ausland zur Abdeckung von Einfuhrschulden! — „Mobilisierung des toten Kapitals“!

Wo der Sparzwang der Besitzenden statuiert ist und sich in energischer Durchführung befindet, da kann auch die allgemeine Arbeitspflicht zur Lastzacke werden; natürlich ebenfalls verbunden mit einer gesellschaftlichen Kontrolle (die durch die „Arbeiterräte“ auszuüben wäre). Erst dann wäre nämlich die Voraussetzung dafür gegeben, daß der „klassenbewußte“ Arbeiter sich vom „Lumpenproletariat“ trennt, welches sich, solange der erstere im verschärften politischen Kampfe steht, unabshüttelbar an ihn klammert und notwendigerweise bei ihm Unterstützung findet.

Alles dies ist nur möglich auf einer Rechtsgrundlage, welche die Verantwortlichkeit des Besitzes statuiert. Daher ist die Einführung einer solchen zwingenden Notwendigkeit; sie stellt ferner eine einfache und leichtfaßliche Maßnahme dar, und entspricht schließlich dem tieferen Sinne des sozialistischen Gedankens, wie er seit Jahrzehnten um seine Durchsetzung ringt. Es kann daher gesagt werden: in der hier angedeuteten Richtung wird sich die kommende Umgestaltung vollziehen müssen, um als Geschichtsepoche wirksam zu werden, ohne dabei das Leben selbst, dem sie zu dienen hat, zu töten.

Der im Anschluß an die grundsätzliche Umgestaltung des Rechtes sich ergebenden, nahe liegenden, praktischen Einzelaufgaben ist Legion; sie sind erfüllbar natürlich nur in dem Maße, wie das neue Recht in das Bewußtsein des Volkes zu dringen vermag, und ferner in dem Maße, wie das Staatsgefüge sich festigt. Hierzu ist, nächst den rein militärischen Sicherungen, unbedingt erforderlich der Aufbau einer Gesellschaftsordnung, die als Ganzes und in ihren Organen berufen und befähigt ist, als Verkörperung des neuen Rechtsbewußtseins das neue völkische Gemeinschaftsleben zu tragen und zu verwirklichen. Die „Räteverfassung“, als „deutsche Form der Demokratie“, die nichts anderes sein will als der Mutterboden für eine Auslese der Fähigsten (im Gegensatz zur Formel- oder Scheindemokratie, die das Majoritätsprinzip zur Verflechtung der tatsächlich bestehenden Cliquen-Oligarchie benutzt), wäre nicht imstande, diesen Anforderungen zu genügen, wenn sie sich nicht nach folgenden Grundzügen aufbaut:

- 1.) Zweck und Funktionen: Berufständische Kontrolle. Also richterliche („ehrenamtliche“), zensurale Funktionen. Reine direkten wirtschaftlichen Funktionen!
- 2.) Aufbau und Gliederung, daher rein

berufständisch, und zwar nach der Stellung im Beruf: Arbeiter-Räte, Beamten-Räte, Angestellten-Räte, Unternehmer-Räte, Räte der freien Berufe. Nicht „paritätisch“!

- 3.) „In berufständischen Angelegenheiten ist keiner jemandem anders rechenschaftspflichtig als dem zuständigen Räte der eigenen Berufsgruppen“ (analog einem bewährten englischen Rechtsgrundsatz). Die gegenseitige Kontrolle der einzelnen Berufsgruppen (bezw. der ihrer Angehörigen) hätte auf dem Wege über die beiderseitigen „Räte“ zu erfolgen. Also: gegenseitige Anerkennung der Zuständigkeit; beiden Teilen steht das Rechtsmittel der Verweigerung dieser Anerkennung offen.

Hiermit sind in großen Zügen die Linien gezeichnet, in denen eine grundsätzliche Neugestaltung der Rechtsgrundlagen denkbar ist. Wo aber bleibt die Wirtschaft selbst, der Produktionsprozeß, um den es sich handelt? —

Es hieße am verkehrten Ende anfangen, wollte man die kommende Umgestaltung bei einer grundsätzlichen Kenderung im Ablauf des Produktionsprozesses beginnen. Welches Ziel dem Gestalter einer neuen Zeit hinsichtlich dieses letzteren auch vorschweben mag: Als erstes bedarf es der Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage, und als zweites des Aufbaues der Organe, durch die er zu wirken beabsichtigt. Die neuen Rechtsgrundlagen aber, sowie die richterlichen Kontrollorgane üben, lediglich durch die Lastzacke — ja, auch nur durch die werdende Lastzacke ihrer Existenz, ihre Wirkungen auf die Produktion von selbst aus, ohne daß es vieler, zweckbestimmter Sonder- und Einzelmaßnahmen gezegeberischer oder administrativer Art bedarf. Wenn, durch Statuierung der Verantwortlichkeit des Besitzes, der unnötige Verbrauch gedrosselt wird, so kann das unmöglich ohne ganz bestimmte Rückwirkungen auf die Produktion bleiben. Wird der Verbrauch in Alcoholicis eingeschränkt, so müssen die Brennereien stillgelegt werden und zur Verwertung der Karioffeln wird man neue Wege — wahrscheinlich in vermehrter Schweinezucht — suchen; die Weinbauern werden alle solche Trauben, die nicht für besondere Edelweine geeignet sind, roh auf den Markt bringen, vielleicht auch dadurch unrentabel gewordene Weinberge, so weit geeignet, mit anderm Obst oder Gemüße bestellen. — Ist man aus Sparsamkeitsrücksichten gezwungen, auf teure Kosmetika zu verzichten, so wird man z. B. statt einer Flasche Dsol für 2,— Mk. vielleicht für 30 Pfg. Zahnpulver kaufen und davon den

gleichen Nutzen haben; die Arbeitskräfte, die bisher Ddol herstellten, werden frei für wichtige chemische Produkte, und die Drucker und Plakatankleber können, anstatt Ddol-Plakate, gute Literatur herstellen und vertreiben.

Für große Mengen auf diese Weise freierwerdender, jugendlich-kraftiger Arbeiter ist noch auf Menschenalter hinaus Raum und Arbeitsmöglichkeit in den produktivsten Wirtschaftszweigen vorhanden: Landwirtschaft, Bau von Wegen, Eisenbahnen, Kanälen, Wohnungen etc. —

Kurz: Da die Produktion sich nach dem Verbrauch richtet, wirkt Drosselung des Verbrauchs einschneidend auf die Produktion zurück; man kann sagen: „Die Sozialisierung des Verbrauchs bewirkt automatisch die Sozialisierung der Produktion“, und weiter: „Die Umgestaltung des Rechtes schafft rückwirkend automatisch und ohne viele Sonderereignisse die Umgestaltung der Wirtschaft“. Und wenn die Not der Zeit eine Umgestaltung der Wirtschaft erfordert, so ist die Umgestaltung des Rechtes der notwendige erste Schritt; er hat als grundsätzlichen Schritt der einzige zu bleiben so lange, bis die wissenschaftlichen, statistischen und organisatorischen Grundlagen für etwaige weitere Schritte im Sinne einer grundsätzlichen Wirtschafts-Umgestaltung vorliegen.

Die Bemerklichkeit der Zustände und Meinungen verlangt einfache und klare Richtlinien. Nachstehend sind Entwürfe zu den beiden, nach diesen Darlegungen erforderlichen Grundgesetzen gegeben, um deutlich zu machen, in welcher Form die Einführung des neuen Rechtes denkbar wäre. Diese beiden „Grundgesetze der deutschen Volksgemeinschaft“ enthalten die ersten und entscheidenden Schritte zu einer, auf der Anerkennung gegenseitiger und Gemeinschafts-Verantwortung beruhenden, der hoch-industriellen Wirtschaftsepoche entsprechenden neuen Gesellschaftsordnung. Sie bilden das Instrument, mit dessen Hilfe überragende Persönlichkeiten das Volk, auch unter den Schwernissen einer mechanisierten Wirtschaft, zu einem wirksamen, lebensvollen Gemeinschaftskörper gestalten können. Damit ist schon gesagt, daß alles Weitere — also wie überall das Wesentliche — Personenfrage ist. Die hier skizzierten Gesetze geben dem Führer die Rechtsmittel und die Organisation in die Hand, mit denen er auf das Ganze im Sinne strafbarer Kräftezusammenfassung zu fruchtbarer, wahrhaft volkswirtschaftlicher Arbeit und Entfaltung eines reichen Geisteslebens einwirken kann. Gesundung und Erstarkeung des ganzen Volkskörpers

auch gegenüber den andern Nationen kann dann nicht ausbleiben.

Alles dies aber, vor allem die Grundgesetze selbst, sind ein- und durchführbar erst dann, wenn die gegenwärtigen inneren Kämpfe zum Abschluß gebracht sind. Als „abgeschlossen“ wird man diese aber erst dann bezeichnen können, wenn wieder irgendeine Gruppe befähigter Persönlichkeiten über eine derart starke, wohldisziplinierte und zuverlässige Militärmacht verfügt, daß sie alle etwa gegen sie gerichteten Erhebungen mühelos und gründlich unterdrücken kann, ohne ihrerseits selbst zu Gegen-Volkserhebungen (nach Art des Generalstreiks anlässlich des Kapp-Putsches) oder zu Freiwilligen-Formationen, oder zu sonstigen, terroristischen Mitteln greifen zu brauchen. Da dies aber eine wesentlich militärische Frage ist, kann sie nur im Zusammenhange mit der Außenpolitik behandelt werden; und da wird man z. B. wenig anders tun können, als den Augenblick geduldig abwarten, wo die Entente aus eigener, innerer Schwäche auf eine Einmischung verzichten muß. Daher kann den vorstehenden Ausführungen höchstens die Bedeutung eines „innerpolitischen Kriegsziel-Vorschlages“ zukommen. Als solcher aber werden sie, wenn richtig verstanden und gehandhabt, immerhin eine klärende und einen gesunden Verlauf des „latenten Bürgerkrieges“ fördernde Wirkung haben können.

Und dies ist ihr einziger Zweck.

Entwurf zu einem ersten Grundgesetz der deutschen Volksgemeinschaft betr. die Ueberführung der Kapitalien aus dem Privateigentum in das Eigentum der Volksgemeinschaft.

§ 1.

Das gesamte Kapital des deutschen Volkes, nämlich ... kurz alle Dinge, die sich in Reichweite des deutschen Volkes bezw. seiner Angehörigen befinden, werden aus dem Privateigentum in das Eigentum der Volksgemeinschaft überführt.

§ 2.

Die bisherigen Eigentümer verbleiben bis auf weitere Regelung im verwaltungsmäßigen Besitz ihres bisherigen Eigentums und in voller und freier Verfügungsgewalt über dasselbe.

Sie sind jedoch vom heutigen Tage an der V. G. und den von ihr zu bestellenden Organen gegenüber verantwortlich für die Ausübung ihrer Verwaltung und der ihnen zustehenden Verfügungsgewalt. Insbesondere

in Bezug darauf, daß äußerste Sparbarkeit im persönlichen Verbrauch und Gebrauch von Gütern gelte und namentlich der Verbrauch von Luxusgütern mit aller Beschleunigung auf ein minimales Maß zurückgeführt wird. Dies betrifft in erster Linie die Besizer. Die Organe der V. G. werden mit äußerster Strenge hierüber wachen und jede persönliche Verschwendung mit schweren Strafen bis zur völligen Entfernung des Betreffenden aus seinem, ihm von der V. G. zu Lehen gegebenen Besitz ahnden.

Insbesondere wird binnen Kurzem zum Zwecke der Durchführung äußerster Sparbarkeit ein Gesetz ergehen, nach welchem unverzüglich mit der Räumung sämtlicher über das Maß einer bescheidenen Behaglichkeit hinausgehenden, größeren Wohnungen für gemeinnützige Zwecke zu beginnen ist, und zwar der größten zuerst; ein weiteres Gesetz wird die Ablieferung sämtlicher Materialwert habenden Schmuckstücke, Tafelgeräte etc. als „Reichsnotopfer“ an die Reichsbank bestimmen.

§ 3.

Nachdem nunmehr das Privateigentum aufgehoben ist, ist von jetzt an jeder arbeitsfähige Deutsche zu straffer, produktiver Arbeit verpflichtet. Wenn nachgewiesen wird, daß er nicht arbeitet oder eine das Gesamtwohl schädigende Tätigkeit oder Gewerbe ausübt, kann er zwangsweise zur Arbeit herangezogen und überdies durch Entziehung seiner Substanzmittel bestraft werden.

Als „Arbeit“ in diesem Sinne gilt auch jede ernste, wissenschaftliche, politische, künstlerische oder geistige Tätigkeit; ferner die Tätigkeit der Frauen in der Familie; schließlich jede ernste, auf das Gemeinwohl oder die Sorge für Andere gerichtete Tätigkeit. In Zweifelsfällen entscheiden die zuständigen Organe der V. G. Es genügt, wenn zunächst die notorischen Müßiggänger und Schmarozer unerschädlich gemacht werden.

Auf Arbeit gründet sich das Volkswohl. Arbeit ist daher Ehrensache. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Die Organe der V. G. werden für das Wohl des Volkes sorgen, sofern es ihnen dieses durch angestrenzte Arbeit ermöglicht.

§ 4.

Von Seiten der Lohnarbeiter und Angestellten ist der Arbeitgeber als Beauftragter der V. G. zu betrachten. Seinen Anordnungen ist daher wie bisher Folge zu leisten. Im Falle begründeter Beschwerden kann er jedoch in Zukunft auf dem Wege eines ordentlichen Rechtsverfahrens, über das die Bestimmungen

demnachst ergehen, abgesetzt oder anderweitig gemäßregelt werden. Bis dahin bleibt alles wie es ist, keiner hat das Recht zu eigenmächtigen Handlungen. Betriebsstörungen werden strengstens bestraft.

§ 5.

Jede widerrechtliche Inbesitznahme oder Zerschöpfung von Gütern ist von heute an Diebstahl an der Volksgemeinschaft und wird als solcher allerstrengstens bestraft.

§ 6.

Am Ablauf des wirtschaftlichen Prozesses der Produktion und Verteilung von Gütern ändert sich grundsätzlich nichts. Alle Betriebe (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk, Transportwesen etc.) arbeiten genau so weiter wie unter den bisherigen Gesetzen, die vorläufig sämtlich in Kraft bleiben. Einzel-Eingriffe in das Wirtschaftsleben sollen nach Möglichkeit unterbleiben, es wird angestrebt werden, die z. B. die Entfaltung einer gesunden Wirtschaft hemmende Gesetzgebung abzubauen.

§ 7.

Wer arbeitet und spart, hat Anspruch auf den Schutz der V. G., wer nicht arbeitet oder verschwenderischen Aufwand treibt, oder sonst das Volkswohl schädigt, kann vor Angriffen nicht geschützt werden.

Entwurf zu einem zweiten Grundgesetz der D. V. G. betreffend die Räte-Verfassung.

§ 1.

Alle wirtschaftlichen und berufständischen Verbände und Vereinigungen, nämlich: Die Gewerkschaften, Innungen, Unternehmer-Verbände, landwirtschaftliche Genossenschaften, Angestellten- und Beamten-Verbände, Vereinigungen der öffentlichen und freien Berufe etc., wählen, bezw. ernennen aus ihrer Mitte einen Rat zur Ausübung der berufständischen Gerichtsbarkeit und Ehrengerichtsbarkeit.

§ 2.

Den so gebildeten Räten obliegt die Gerichtsbarkeit und Ehrengerichtsbarkeit über die ihren Organisationen angeschlossenen Personen (einschl. juristischer Personen), in allen berufständischen Angelegenheiten. Berufständische Angelegenheiten sind alle solchen mit der Berufstätigkeit des Betreffenden zusammenhängende Angelegenheiten, an denen ein Interesse der Volksgemeinschaft oder ein Interesse einer andern Berufs-

gruppe involviert ist. Insbesondere hat sich die Tätigkeit der Unternehmer-Räte, unter deren Gerichtsbarkeit auch alle indirekten Unternehmer gehören, d. h. solche, die an Unternehmungen irgendwelcher Art beteiligt sind (Aktionäre, Kommanditisten, stille Teilhaber, Darlehens-Hypotheken-, Obligationen-, Gläubiger-, auch Staatsgläubiger, kurz alle größere Renten, Kapitalzins und Kapitalertrag empfangenden Personen) darauf zu richten, bei den ihrer Gerichtsbarkeit unterstehenden Personen äußerste Sparsamkeit im persönlichen Güterverbrauch zu erzwingen.

Die Tätigkeit der Arbeiter-Räte dagegen hat sich auf die Erzwingung hoher Arbeitsleistungen und ebenfalls Sparsamkeit, die der Räte der freien Berufe darauf zu richten, daß die ihr angeschlossenen Personen ihre verantwortungsvollen Berufe mit Gewissenhaftigkeit und Ehrbarkeit und ohne Eigennutz ausüben.

§ 3

Weiter besteht die Aufgabe der Räte darin die ihrer Gerichtsbarkeit unterstehenden Personen vor unbegründeten Angriffen und Anschuldigungen von außen her (etwa von Seiten anderer Berufe) zu schützen. Jedoch nur solche Personen haben Anspruch auf diesen Schutz, die sich keiner Schädigung des Volkswohles und keines Verstoßes gegen die guten Sitten schuldig machen. Anderen Personen haben die Räte ihren Schutz zu verweigern; sie haben womöglich die Verfolgung und Unschädlichmachung solcher Personen zu veranlassen. Ueber die Einzelheiten der Zuständigkeit usw. ergehen Richtlinien.

§ 4

Wieviel und welcher Art Räte an jedem Orte sich bilden, hängt von den jeweiligen örtlichen Verhältnissen, sowie von der Initiative der in Frage kommenden Berufsgruppen ab. Es sollten an jedem Orte wenigstens je ein Rat der Arbeiter, der Unternehmer und der freien Berufe bestehen.

Politik ist Macht. Wer machtlos ist, kann keine Politik treiben. Denn er ist nicht Subjekt, sondern Objekt der Politik.

§ 5

Es ist beabsichtigt, die Räte

- a) regional,
- b) berufsständisch über das gesamte Staatsgebiet zusammenzufassen.

Richtlinien hierfür ergehen in Kürze; Vorschläge sind erwünscht.

§ 6

Die staatliche Gerichtsbarkeit bleibt zunächst in vollem Umfange bestehen. Es wird jedoch angestrebt, diese durch Uebertragung alles dessen, was sich standesgemäß erledigen läßt, zu entlasten.

§ 7

In allen vor die Zuständigkeit der Räte gehörenden Fällen, in denen ein Interesse des Staates involviert ist, bedarf der betreffende Rat der Bestätigung durch die ordentlichen Gerichte des Ortes. In allen solchen Fällen, in denen ein Interesse einer andern Berufsgruppe involviert ist, bedarf der betreffende Rat der Bestätigung seitens des Rates der interessierten andern Berufsgruppe.

Diese Bestätigung hat sich — sofern über die grundsätzliche Zuständigkeit keine Meinungsverschiedenheit besteht — lediglich darauf zu erstrecken, daß die als Richter fungierenden Personen auch von Seiten der an dem Falle interessierten andern Partei (des Staates oder der andern Berufsgruppe) als zuverlässig, ehrenhaft und objektiv anerkannt werden. Diese Bestätigung kann auch generell und allgemeingültig erfolgen; sie gilt dann allemal als gegeben, wo sie nicht im einzelnen Falle ausdrücklich widerrufen wird.

§ 8

In den berufsständisch gegliederten Räten wird sich das deutsche Volk die Organe seiner neuen Gesellschaftsordnung schaffen. Die Räte sind die Träger des Gemeinschaftswillens der Nation; diese muß daher ohne Parteivoreingenommenheit ihre Besten in die Räte entsenden.

Laßt uns begreifen, daß der Gedanke eines künstlich zu erhaltenden Gleichgewichts zwar für das Ausland ein tröstlicher Traum sein könnte bei der Schuld und dem Uebel, welche dasselbe drückten; daß er aber, als ein durchaus ausländisches Erzeugnis, niemals in dem Gemüte eines Deutschen hätte Wurzel fassen, und die Deutschen niemals in die Lage hätten kommen sollen, daß er bei ihnen Wurzel fassen gekonnt hätte; daß wir wenigstens jetzt in seiner Nichtigkeit ihn durchdringen, und daß wir einsehen müssen, daß nicht bei ihm, sondern allein bei der Einigkeit der Deutschen unter sich selber das allgemeine Heil zu finden sei.

Esensio fremd ist dem Deutschen die in unsern Tagen so häufig gepredigte Freiheit der Meere; ob nun wirklich diese Freiheit, oder ob bloß das Vermögen, daß man selbst alle andern von derselben ausschließen könne, beabsichtigt werde. Jahrhunderte hindurch, während des Wettstreits aller andern Nationen, hat der Deutsche wenig Begierde gezeigt, an derselben in einem ausgedehnten Maße teilzunehmen, und er wird es nie. Auch bedarf er derselben nicht. Sein reichlich ausgestattetes Land und sein Fleiß gewährt ihm alles, dessen der gebildete Mensch zum Leben bedarf; an Kunstfertigkeit, dasselbe für den Zweck zu verarbeiten, gebricht es ihm auch nicht; und um den einigen wahrhaften Gewinn, den der Welthandel mit sich führt, die Erweiterung der wissenschaftlichen Kenntnis der Erde und ihrer Bewohner, an sich zu bringen, wird es sein eigener wissenschaftlicher Geist ihm nicht an einem Taufschmittel fehlen lassen.

Fichte.

Ein Rückblick auf die Novembererhebung.

L. Das deutsche Reich war ein absolutistischer Militärstaat mit einem auf einem allgemeinen Wahlrecht ruhenden Reichstag als Zierstück. Die politische Gewalt lag in den Händen einer im Bundesrat organisierten Fürsten-Oligarchie, deren ausübende Spitze unter dem Namen eines deutschen Kaisers der König von Preußen bildete. Diese Fürsten-Oligarchie wurde getragen von einer kapitalistischen Bourgeoisie und einem agrarischen Junkertum. Ihre Macht ruhte auf der Unterdrückung aller werktätigen Schichten durch eine allmächtige Bureaukratie, hinter der die in ihren Führern verkörperte schrankenlose Allgewalt der Armee stand. Der Staat war somit eine schlecht verhüllte Diktatur des Säbels, und das Heer war die Grundlage der ganzen Herrlichkeit. Brach das Heer zusammen, so zerbrach alles.

Der Heeresapparat wurde im Weltkriege zerschlagen, und die Erhebung des November zertrümmerte ihn vollends. Sie setzte die alten Gewalten hinweg. Mit dem Militarismus zerbrach die Macht der Bureaukratie und die politische Gewalt der Junker und Kapitalisten. Die Fürsten-Oligarchie und mit ihr das Deutsche Reich hörten auf zu bestehen. Die politische Gewalt ging in vollem Umfange an die Räte über, die Organe der Revolution. Sie waren der Staat.

Die Aufgabe der Revolution bestand darin, die Gewalt der Räte festzuhalten und zu konsolidieren. Dazu war nötig, daß sie die Gewalt voll übernahmen und den Gegner auch dort entmassneten und aus der Macht schoben, wo er zufällig noch in der Macht geblieben war. Wo

es noch keine Räte gab, mußten sie sofort gebildet werden, und gleich in den ersten Tagen mußten die Räte zu einem konstituierenden Kongreß zusammentreten, der sie zur Grundlage der gesamten Verwaltung machte und aus ihrer Mitte eine zentrale Regierung, den Zentralrat der Räte schuf, neben dem als erweiterte Exekutive der zeitweilig berufene Kongreß aller Räte stand. Die alte Bureaukratie war zu beseitigen, indem den unteren Organen der Verwaltung, wo immer es möglich war, die Geschäfte ganz übertragen wurden oder Volksorgane die Stelle der bis dahin wirkenden Organe einnahmen. Und die Regierung der Räte mußte sich sofort das entscheidende Machtmittel schaffen: die rote Armee.

Die Revolution gab dem neuen Staatsgebilde den Namen einer sozialistischen Republik. Befreiung des Landes vom Joch des Kapitalismus, der das Volk in das Elend des Weltkrieges geführt hatte, eine sozialistische Erneuerung der Gesellschaft, die allein aus dem Zusammenbruch emporzuleiten vermochte, darin lag die treibende Kraft der Umwälzung. Während sie in den Räten die Instrumente herodbrachte, um über alles Parteiwesen hinweg alle werktätigen und schaffenden Elemente des Landes zum Aufbau und zum Neubau zusammenzuführen, richtete sie in jenem Namen ihr Ziel und ihr Programm auf wie ein wegweisendes Blinkfeuer auf hohem Turm. Der Name der sozialistischen Republik war von selber da, denn kein anderer war möglich. Und die Räteregierung mußte das Programm wahr machen und das Ziel verwirklichen, das in diesem

Namen lag. Sie mußte sofort und in möglichst weitgehendem Maße der Sozialisierung der Produktion und der gesamten Wirtschaft näher treten, schon um in der furchtbaren Verwüstung, die der Weltkrieg hinterließ, von Wirtschaftsmitteln zu retten, was noch zu retten war.

Die Entente konnte dieses Programm und seine Durchführung nicht wirksam fördern, wenn die Revolution, ihres Ursprungs und ihrer Kraft sich bewußt, nach innen und außen eine revolutionäre Politik trieb. Beim Zusammenbruch der Front standen die Heere noch in Nordfrankreich, Belgien und die Rheinlande mit ihren Festungsgürteln und ihren gewaltigen militärischen Mitteln blieben in der Hand der Revolution. Sie bildeten eines ihrer wichtigsten Pressionsmittel, um Deutschland annehmbare Friedensbedingungen zu sichern. Die Widerstandskraft der Front war zwar gebrochen, nicht aber die der rückwärtigen Verbindungen. Die bedingungslose Zertrümmerung des wilhelminischen Systems, die restlose Entfernung aller Generäle, die sich als seine Handlanger kompromittiert hatten, eine volle, dem Gewissen der Welt geleistete Genugung durch rückwärtslose Abstrafung aller, die auf deutscher Seite den Ausbruch des Krieges herbeigeführt und sich während seiner Dauer Verbrechen wider das Völkerrecht hatten zuschulden kommen lassen, die rasche Bildung einer roten Armee mit einem revolutionären Offizierkorps an der Spitze würden das Heer für die Entente zu einem furchtbaren Gegner gemacht haben, dessen Ueberwindung zweifelhaft war, dessen Vorhandensein für den Zeitpunkt und den Inhalt des Friedensschlusses erheblich ins Gewicht fiel. Zugleich schweißte die Sozialisierung im Innern die werktätigen Massen wie einen Block zusammen, während sie vor der Arbeiterklasse Westeuropas das Beispiel aufstellte, das allein hier zünden konnte. Denn eine bloß politische Revolution mußte an diesen Ländern der vollendeten politischen Demokratie, wo die Revolution nur noch eine soziale sein kann, ohne nachhaltigen Eindruck vorübergehen und zuletzt die bestehende Klust noch erweitern, weil der Verdacht geweckt und bestärkt ward, daß das deutsche Volk, das am Kapitalismus festhielt, auch dem Imperialismus nicht entsagte. Trug dagegen Deutschland die soziale Revolution sofort an die Grenzen Frankreichs, tief es die werktätigen Massen Belgiens auf, die wütende Gegner des deutschen Militarismus; glühende Anhänger der deutschen Revolution von dem Augenblick an wurden, wo diese unter dem Banner der sozialen Umwälzung sie für immer zur Freiheit von der Fron des Krieges und des Kapitalismus führte, wo zugleich mit der Aufrichtung der Herrschaft der Arbeit der volle Wiederaufbau und

die volle Erneuerung des Landes für die Sache der Revolution und in erster Linie der deutschen Revolution erklärt ward, dann legte sich ein breiter Kiegel vor die Nachmittage der Entente. Der sozialen Revolution des belgischen Proletariats das eigene Land, der sozialen Revolution Deutschlands die Rheinlande zu entreißen, ging damals über die militärische Kraft der Entente hinaus und konnte von ihr in jedem Falle nur gewagt werden auf die Gefahr hin, über Frankreich und Italien und vielleicht selbst über England die soziale Revolution heraufzubeschwören. Nicht überflürzte sinnlose Preisgabe aller Positionen, sondern revolutionärer Widerstand! Eine Politik, die andere Wege einschlug, mußte, wie die Fortdauer der Hungerblockade sofort erkennen ließ, zu der denkbar stärksten Stütze für den Weltimperialismus der Entente und zum größten Hindernis für die Revolution Westeuropas und damit zu einem Verrat am eigenen Lande und zu einem Verbrechen werden, das in seiner Schwere alle Verbrechen übertraf, die seit den Tagen des Kriegsausbruchs am deutschen Volke verübt worden sind.

Die Aufgaben der deutschen Revolution im Westen standen klar gezeichnet da, und sie hatte es in der Hand, ihrer Politik die volle Sicherheit des Erfolges zu geben durch den Anschluß an den Osten Europas. Dabei kam zweierlei in Frage: die restlose Liquidierung des Krieges gegen Rußland und die Vollenbung der politischen Seite der deutschen Revolution.

Jede deutsche Revolution ist ihrem Wesen nach großdeutsch. Schon die des Jahres 1848 war es. Die von der bürgerlichen Revolution dieses Jahres geforderte nationale Einheit, der Zusammenschluß der deutschen Stämme, die jene Oligarchie teils fremdstämmiger Fürsten beherrschte und um dieser Herrschaft willen in der Zerrissenheit erhielt, wurde damals nicht durchgeführt, weil das Bürgertum nach seinem Siege aus Furcht vor der erwachenden Arbeiterklasse in die Hände seiner Junker und Fürsten wieder abtankte. Daß die nationale Spaltung fortbauerte, behielt somit seinen Sinn in den Klasseninteressen der Bourgeoisie, und die Erhaltung der Fürsten-Oligarchie himmiederum brachte es mit sich, daß später ein Deutsches Reich nur unter Ausschluß Oesterreichs möglich war. Mit dem Sturz der Fürsten-Oligarchie und der kapitalistischen Gewalten, mit der Verjagung der Habsburger und der Hohenzollern, verschwand nun, was die Stämme voneinander schied und die Nation trennte. Die nationale Einheit stellte sich selber her; sie war da. Das revolutionäre Deutschland brauchte nur der vollendeten Tatsache Rechnung zu tragen und die Angliederung der deutschen Provinzen

Oesterreichs an das Stammland im beiderseits vorhandenen Einverständnis auszusprechen. Dieser Schritt, der erst die politische Revolution Deutschlands vollendete, gehörte vom Standpunkte der proletarischen Revolution nicht nur zu den platten Selbstverständlichkeiten, sondern auch zu den unbedingten Notwendigkeiten. Es bedeutete einen unvergleichlichen Zuwachs an Kraft und Stärke, wenn die deutsche Revolution Wien die Hand reichte, wenn der Staat von mehr denn Siebzigmillionen im Herzen Europas, der einst selbst Palmerston erzittern machte, Wirklichkeit ward. Trat er ins Leben, dann war es um die Stellung der Entente in der Tschecho-Slowakei und im ganzen südböhmischen Europa geschehen, dann wurde Wien der Brennpunkt und der belebende Mittelpunkt der Revolution in jenen Gebieten, in Ungarn und den jugoslawischen Randländern bis hinab nach Bulgarien und Rumänien. Kein schwererer Stoß konnte gegen die Vorwerke, die England sich zum Schutze seiner Stellung in Ägypten und in Indien auf dem Kontinent errichtet hat, geführt werden als die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland.

Außer an Oesterreich mit seinem Einfluß auf den Südosten Europas konnte die deutsche Revolution sich noch einen viel breiteren und stärkeren Rückhalt am slavischen Osten des Kontinents schaffen und sichern, wenn sie, was gleichfalls um ihrer eigenen Sicherheit willen unbedingt geboten war, den Krieg gegen Sowjet-Rußland und in seinen westlichen Randstaaten restlos liquidierte. Denn es kam bald genug zum Vorschein, daß die Auflösung der wilhelminischen Heere in ihrem Rückzug und die Heimbeförderung dieser Truppen auf die Länge der Zeit eine Lebensfrage für sie bildete, während es angefangen des Zusammenbruchs im Westen bei dem revolutionären Fieber, welches das Volk ergriffen hatte und sich zunächst elementar gegen den Militarismus richtete, einer revolutionären Regierung, die gleich zu Beginn revolutionären Willen bezeugte und sich eine revolutionäre Armee schuf, keine Schwierigkeiten bereitet hätte, mit den Generälen fertig zu werden, denen die russische Revolution ohnehin auf den Ferseu saß. Wenn aber die deutsche Heere aus den deutschen Randstaaten abjog, wenn die Regierung dort die bisher bekämpfte Arbeiterrevolution mit den Mitteln einer revolutionären Politik unterstützte, dann brach die künstlich gezüchtigte Bourgeoisieherrschafft, der

die Entente noch nicht zu Hilfe eilen konnte, rasch zusammen. Die Arbeiterrevolution erhob aufs neue und für immer siegreich ihr Haupt. Damit ward die Brücke frei, um der Sowjetrepublik die Hand zu reichen und den Grund zu legen zu einem gewaltigen Staatenkomplex, der vom Atlantischen Ozean bis hinab zum Persischen Golf reichte, ein Komplex, der sich nicht nur politisch und wirtschaftlich allein genügen konnte, der ein Gebiet darstellte, dessen militärische und wirtschaftliche Ueberwindung auch für den Weltkongress der stärksten Mächte ein Ding der Unmöglichkeit war. Schon kraft ihres geographischen Schweregewichts konnte diese — hier mit einer hochentwickelten Technik, dort mit allen Naturkräften ausgerüstete — Ländermasse auch der gewaltigsten Allianz von Weltmächten die Stirn bieten, ohne im Grunde mehr tun zu brauchen als Bewehr bei Fuß zu stehen und ihre eigene Bahn zu wandeln. Hätte selbst die Entente, den Weg bis zum Rhein oder gar bis zur Weser gefunden, hätte sie selbst das Ruhrbecken besetzt, was erreichte sie damit? Der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit dieser Ländermasse wäre damit kein Abbruch geschehen, und es war nur eine Frage der Zeit, wann die besetzten und verlorenen Gebiete wieder an Deutschland zurückfielen. Was aber die Hauptsache und das einzig Entscheidende ist: Von einem Versailler Frieden hätte nie und nimmer die Rede sein können.

Eine revolutionäre Politik im Innern führte zu einer auswärtigen Politik, die Deutschland vor den Fängen der Entente sicherte. Und eine revolutionäre auswärtige Politik wiederum festigte die soziale Umwälzung und mit ihr die innere Widerstandskraft der Revolution. Die volle Kraft der Revolution gegen die bürgerliche Demokratie des Westens, Bündnis und wirtschaftlicher Ausgleich mit der Arbeiterrevolution des Ostens, das war in den Novembertagen das gegebene Ziel. Es war die einzig mögliche Politik vom Standpunkte der Revolution und es war damit auch die einzig mögliche Politik vom Standpunkte der Nation, des deutschen Volkes. Aber dieser Weg wurde nicht eingeschlagen. Die nächstliegenden Ziele wurden verkannt und damit eine Lage geschaffen, die im Innern zum Bürgerkrieg, in der auswärtigen Politik aber zum Versailler Vertrag von Versailles und darüber hinaus zu einer schweren Gefährdung der Weltrevolution geführt hat.

Durch den Verlag des „Volkswart“ sind folgende Schriften von HEINRICH LAUFENBERG und FRITZ WOLFFHEIM zu beziehen:

Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim:

Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? Erste kommunistische-Adresse an das deutsche Proletariat. Preis Mk. 2.—

Die Schrift bietet eine großangelegte Darlegung der weltpolitischen Gesamtzusammenhänge, namentlich der englisch-französischen Interessenkreuzungen und ihrer Rückwirkungen auf die innere und äußere Politik Deutschlands. Von dieser Schrift leiten die spartakistischen Gegner die Bezeichnung nationalkommunistisch ab.

Nation und Arbeiterklasse.

Preis Mk. 2.—

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der deutschen Fürstenpolitik, die, wie schon Fichte feststellte, die Deutschen bisher gehindert hat, ein Volk zu werden. Im letzten Teile sind Grundgedanken des kommunistischen Aufbaus enthalten.

Kommunismus gegen Spartakismus; eine reinliche Scheidung. (Flugschrift.)

Preis Mk. 1.—

Eine scharfe Auseinandersetzung mit dem spartakistischen Flügel der Revolution, der sich fälschlich kommunistisch nennt und sich zur Zeit als Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands zu konsolidieren versucht. Enthält wichtige geschichtliche Feststellungen über die bewußte Herbeiführung der deutschen Niederlage zu Gunsten des internationalen Finanzkapitals durch Führer des Spartakusbundes.

Moskau und die deutsche Revolution. Eine kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden.

Preis Mk. 4.—

Die Schrift ist grundlegend für das Verständnis des russischen Bolschewismus und seiner Rolle in der deutschen Revolution. Die tiefe Gegensätzlichkeit zwischen Kommunismus und dem, was die Bolschewisten darunter verstehen, wird aufgezeigt. Die sogenannte dritte Internationale wird in ihren Zusammenhängen aufgedeckt und in den Personen ihrer Führer gekennzeichnet.

Justizrat Fritz Krüpfigantz: Der Kommunismus eine nationale Notwendigkeit. Offener Brief an Herrn Generalmajor von Lettow-Vorbeck.

Preis Mk. 2.—

Eine leicht faßliche Einführung in einige Hauptgedanken des Kommunismus.

Oberleutnant a. D. Otto Lindemann: Das revolutionäre Heer. Mit geschichtlich-politischen Erläuterungen von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim

Preis Mk. 6.—

Die Organisation eines Volksheeres in einem durchgebildeten Rätestaat. Wichtige Aufbauschrift!

Von den gleichen Autoren sind durch den Verlag noch zu beziehen:

Laufenberg: **Karl Liebknecht zum Gedächtnis**

Arbeiterklasse und Staatsgewalt

Was heißt Sozialisierung?

Die Hamburger Revolution

(Bericht über die Tätigkeit des Hamburger Arbeiterrates von Nov. 1918 bis Febr. 1919.)

Zwischen der ersten und zweiten Revolution

Wolffheim: **Knechtschaft oder Weltrevolution?**

Betriebsorganisation oder Gewerkschaft?

In unserer Sammlung „Kulturfragen“
erscheint in Kürze:

MAX STIRNER

Versuch einer „unwissenschaftlichen“
Würdigung seiner Bedeutung von
Jack Friedland (Wallenstein)

PREIS ETWA 6 MARK

VORBESTELLUNGEN ERBETEN!

KONRAD HANF VERLAG D. W. B.
HAMBURG 8

„Ich“ Verlag (W. Heise)

Postcheck: Hamburg 53821

Hamburg 30, Abendrothsweg 17!

Soeben erscheint:

Leben, Liebe, Alltag

Gedichte von
Jack Friedland (Wallenstein)

Preis gebunden 4 Mark

50 Exemplare auf Bütten und in Ganzleinen vom Autor
nummeriert von 1—50 und gezeichnet, etwa 20.— Mark.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt durch den Verlag.

Eine „Deutsche Republik“ in Sowjetrußland.

Die Zeitung „Segodnja“ schreibt: Wie man uns aus gut unterrichteter Quelle meldet, entspricht das Sowjetdekret über die Errichtung einer autonomen Verwaltung in der „Deutschen Arbeiterkommune“ an der Wolga durchaus den obwaltenden Verhältnissen. Schon seit 1918 besteht im Wolgagebiet eine „Föderative Deutsche Republik“ mit der Hauptstadt Ekaterinenstadt, jetzt in Marzstadt umgetauft, liegt im Gebiete des Gouvernements Samara und zählt 300 000 Einwohner, die sämtlich deutsche Kolonisten sind. Es herrschen normale Zustände, da die dort regierenden Sowjets nur dem Namen nach den

bolschewistischen gleichen. Man kann eher von einer nationalkommunistischen Verwaltung reden. Vor kurzem wurde eine Telefunkenstation eingerichtet: Telephon und elektrische Beleuchtung funktionieren tadellos; ebenso sind die Fabriken in vollem Betrieb. Mit den Bolschewisten steht die Republik im Tauschhandel. Von außen betrachtet, gleicht die „Deutsche Republik“ einer deutschen Provinz. In Marzstadt erscheint auch eine Zeitung unter dem Namen „Nachrichten des Gebietskomitees der Räte, des Gebietskomitees der Kommunisten und des Arbeitskomitees der Wolgadeutschen“.

Freie Vereinigung

zum Studium des deutschen Kommunismus. E. V.
Sitz Hamburg.

Alle Zuschriften sind zu richten an den Vorsitzenden: Dr. Heinrich Laufenberg, Altrahstedt bei Hamburg, oder an den Schriftführer: Fritz Wolffheim, Hamburg, Hasselbrookstraße 16, I. Etg.

An die Abonnenten des „Volkswart“!

Mit dieser Ausgabe erscheint der „Volkswart“ im Verlage: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30.

Wir bitten deshalb alle Bezahler, die Abonnementsgebühr von M. 6.— für das kommende Quartal direkt an den Verlag zu senden, Abonnements durch die Post, kommen vorläufig nicht in Frage.

Die Verbindung mit dem bisherigen Verleger A. Heil ist aufgegeben worden, um den Abonnenten den regelmäßigen Bezug des Blattes zu gewährleisten.

Redaktion u. Verlag des „Volkswart“.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Heinz Laufenberg, Altrahstedt.

Verlag: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30.

Druck: Heinz Koch, Altrahstedt.

Der Volkswart

Parteilose Halbmonatschrift für klassenlosen Aufbau und
revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang

Erste Ausgabe im Oktober

5

1921

Inhalt:

Görlich.

Zwei Anfragen.

Kopfarbeiter in der Revolution.

Aus der Regierungspraxis der Sozialdemokratischen Partei.

Grundsätzliches zur kommenden Umgestaltung.

Stimmen der Zeit.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint zweimal monatlich.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mk. 6.—. Bei betriebsweisem Bezug ab 5 Exemplaren Mark 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: Mk. 1.—.